



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Auswirkungen von Stimmengewinnen bzw.
–verlusten auf Koalitionsverhandlungen. Österreich aus
vergleichender Perspektive“

verfasst von / submitted by

Thomas Schiller, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Assoz. Prof. Thomas Meyer, PhD

Danksagung

Ich möchte vorab jenen, die diese Masterarbeit erst ermöglicht haben, ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Zunächst möchte ich Herrn Assoz. Prof. Thomas Meyer, PhD herzlich für die hervorragende Betreuung der Arbeit danken. Seine Hilfestellungen haben maßgeblich zum Gelingen der Masterarbeit beigetragen.

Außerdem möchte ich meinen Eltern danken, die mir durch ihre Unterstützung, die nicht nur finanzieller Natur war, überhaupt erst ermöglichten, ein Studium zu absolvieren.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	Seite 6
1.1 Forschungsinteresse	Seite 6
1.2 Relevanz des Themas	Seite 6
2. Definition und Forschungsfragen	Seite 8
2.1 „Wahlgewinner“	Seite 8
2.2. Forschungsfragen	Seite 10

I THEORIE

3.1 Koalitionsregierungen	Seite 11
3.2 Quantitative/Qualitative Allokation	Seite 12
3.2.1 Gamson's law	Seite 13
3.2.2 Empirisches zu Gamson's law	Seite 14
3.3 Auswirkungen von Stimmgewinnen/-verlusten	Seite 20
4. Hypothese zu quantitativer Allokation	Seite 24
5. Gamson's law und qualitative Allokation	Seite 25
5.1 Salienztheorie	Seite 29
6. Hypothesen zu qualitativer Allokation	Seite 31

II EMPIRIE

7.1 Der Datensatz	Seite 33
7.2 Deskriptive Statistiken	Seite 33
8. Statistische Tests	Seite 37
8.1 Erklärung der Labels in den Regressionstabellen	Seite 37
8.2 Tests zu Hypothese 1)	Seite 39
8.3 Tests zu Hypothese 2)	Seite 41
8.4 Tests zu Hypothese 3)	Seite 43
8.4.1 Quantitative Allokation in Westeuropa	Seite 43
8.4.2 Quantitative Allokation in Osteuropa	Seite 46
8.4.3 Qualitative Allokation in Westeuropa	Seite 48
8.4.4 Qualitative Allokation in Osteuropa	Seite 51

9. Alternative Messung und Modellierung.....	Seite 53
9.1 Multikollinearität.....	Seite 53
9.2 Alternative Messung der abhängigen Variablen	Seite 56
9.3 Alternative Messung der unabhängigen Variablen	Seite 59
10. Fallstudie: Österreich	Seite 61
10.1 Gamson's law in Österreich	Seite 61
10.2 Quantitative Allokation in Österreich	Seite 63
10.3 Qualitative Allokation in Österreich	Seite 65
10.4 Fallstudien ausgewählter österreichischer Kabinette	Seite 67
10.4.1 Beispiel 1: Kabinett Schüssel II	Seite 70
10.4.1.1 Quantitative Allokation bei Schüssel II	Seite 70
10.4.1.2 Qualitative Allokation bei Schüssel II	Seite 71
10.4.1.3 Interpretation der Ergebnisse	Seite 71
10.4.2 Beispiel 2: Kabinett Gusenbauer	Seite 73
10.4.2.1 Quantitative Allokation bei Gusenbauer	Seite 73
10.4.2.2 Qualitative Allokation bei Gusenbauer	Seite 74
10.4.2.3 Interpretation der Ergebnisse	Seite 74
10.5 Fazit zu Medienberichten	Seite 76
11. Conclusio.....	Seite 77
12. Quellenverzeichnis	Seite 79
13. Anhang	Seite 83
13.1 Verzeichnisse	Seite 83
13.1.1 Tabellenverzeichnis.....	Seite 83
13.1.2 Abbildungsverzeichnis	Seite 84
13.2 Abstract	Seite 85
13.3 Abstract (English)	Seite 86

1. Einleitung

1.1 Forschungsinteresse

In parlamentarischen Demokratien sind Wahlen zweifelsohne eines der wichtigsten Instrumente der kollektiven Willensbildung. In Systemen mit Verhältniswahlrecht ist es in Ermangelung absoluter Mandatsmehrheiten oftmals bzw. sogar in den meisten Fällen notwendig, Koalitionsregierungen mit mindestens zwei beteiligten Parteien zu bilden. Die einschlägige Literatur zu verschiedensten Aspekten von Koalitionen ist äußerst umfangreich (siehe z.B. Laver/Schofield 1990).

Ein Gesichtspunkt, der bisher allerdings unterbelichtet geblieben ist, ist die Frage, wie sich Stimmengewinne bzw. -verluste auf die Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen auswirken. Hierbei wird zwischen quantitativer (Wer bekommt **wie viele** Posten?) und qualitativer (Wer bekommt **welche** Posten?) Allokation zu unterscheiden sein. Einleuchtend ist, dass die absolute Größe einer Partei ihre Chancen auf eine Regierungsbeteiligung maßgeblich, wenn auch nicht ausschließlich, beeinflusst. Dennoch können darüber hinaus auch relative Änderungen eine Rolle spielen. Eine Partei mit sehr großen Zugewinnen würde vielleicht argumentieren, dass es offensichtlich in der Bevölkerung einen sehr starken Wunsch gebe, wonach sie mitregieren solle – weshalb hätte sie sonst so stark dazugewinnen sollen? Zu erwarten ist, dass Parteien, die bei Wahlen ihren Stimmenanteil vergrößern, in zweifacher Hinsicht profitieren. Zum einen ist zu erwarten, dass mehr Stimmen verhältnismäßig mehr Regierungsposten bringen, zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass sich Stimmgewinne auch positiv auf die inhaltliche Wichtigkeit der erhaltenen Ministerien auswirken.

1.2 Relevanz des Themas

Die Qualität eines demokratischen Systems bemisst sich, neben vielen anderen Faktoren, auch daran, in welchem Ausmaß zentrale Bevölkerungsschichten repräsentiert sind. Populistische oder Anti-Establishment-Parteien profitieren besonders von einer Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie (vgl. Deschouwer 2017: 73f.); wenn die Zusammensetzung einer Regierung den in Wahlen geäußerten Willen des Elektorats unzureichend abbildet, etwa wenn sich eine Koalition von bei der Wahl „abgestraften“ Parteien bildet, kann dies dazu führen, dass die Legitimität des politischen Systems insgesamt infrage gestellt wird. Insbesondere

rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien profitieren hiervon (vgl. Mudde 2007: 297f.; Ignazi 2010: 200).

Die politikwissenschaftliche Relevanz dieser Arbeit ergibt sich also schon allein daraus, dass es zu der eingangs geschilderten Thematik schlicht noch sehr wenig Literatur gibt, vor allem im Vergleich zu anderen Aspekten der Koalitionstheorie. Andererseits kann ein Beitrag zu den erwähnten Gesichtspunkten von Demokratiequalität geleistet werden.

Anhand einer statistischen Auswertung der Daten zeigt sich allerdings, dass Stimmengewinne bzw. -verluste nur sehr geringe Auswirkungen auf quantitative und qualitative Allokation der Regierungsportfolios zeigen. Als entscheidender Faktor präsentiert sich stattdessen die Größe einer Partei, gemessen an ihren Sitzen im Parlament. Diese Größe beeinflusst am stärksten, wie viele und welche Ministerien eine Partei im Rahmen einer Koalition jeweils für sich beanspruchen kann.

2. Definition und Forschungsfragen

2.1 „Wahlgewinner“

In dieser Masterarbeit soll also herausgearbeitet werden, ob beispielsweise Wahlgewinner zum einen anteilmäßig mehr Ämter für sich beanspruchen können bzw. zum anderen eher „ihre“ Schwerpunkte an Portfolios erlangen können. Anders formuliert, soll die Frage beleuchtet werden, inwiefern Wahlgewinner ihre „Gewinne“ (im Sinne von Stimmenzuwächsen, nicht notwendigerweise als Erringung des ersten Platzes gemeint) ummünzen und bessere Verhandlungserfolge (im Sinne von anteilmäßig mehr Ämtern) für sich herausschlagen können. Der Einfluss von Wahlsiegen im Sinne des Status als stimmenstärkste Partei wird gesondert ebenfalls untersucht bzw. kontrolliert. „Wahlgewinner“ können anhand unterschiedlicher Kriterien definiert werden, wobei eine Operationalisierung z.B. anhand folgender drei Dimensionen möglich ist (wenn zunächst der statische Aspekt betrachtet wird):

- **Status als stimmenstärkste Partei.** Diese Definition ist wohl eine intuitiv sehr naheliegende, auch aufgrund der besonderen Bedeutung des ersten Platzes bei Wahlen.
- **Status als pivotale Partei.** Auch relativ kleine Parteien können „pivotal“ sein, wenn von ihrer Unterstützung der Fortbestand bzw. das Zerbrechen einer Regierungskoalition abhängig ist (vgl. Rémy 1975: 293); in diesem Sinne kann sich eine Partei als „Gewinner“ betrachten, wenn sie nach einer Wahl diesen Status innehat.
- **erstmaliger bzw. Wiedereinzug einer Partei.** Schließlich können auch Parteien als Gewinner einer Wahl gelten, wenn sie den erstmaligen Einzug ins Parlament schaffen bzw. nach einem Hinausfallen erneut einziehen.

Diesen Definitionen ist gemein, dass sie auf einen bestimmten Status einer Partei nach einer Wahl abzielen. Der dynamische Aspekt der Veränderung ist hingegen zentral bei der folgenden Definition:

- **Stimmenzuwachs:** Gemeint ist die Erhöhung des relativen Stimmenanteils einer Partei im Vergleich zur vorangegangenen Wahl.

Die zuletzt genannte Definition steht im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit, da untersucht werden soll, welche Effekte die dynamische Veränderung relativer Parteigrößen auf die quan-

titative bzw. qualitative Allokation von Ministerien ausübt. Die dahingehende Analyse begründet auch den innovativen Charakter dieser Arbeit, da hier noch großer Forschungsbedarf gegeben ist.

Die zuvor genannten, auf einen bestimmten Status (stimmenstärkste Partei; pivotale Partei; erstmaliger bzw. Wiedereinzug ins Parlament) abzielende Aspekte werden hingegen nicht gesondert betrachtet; die Eigenschaft, stimmenstärkste Partei zu sein, wird allerdings als wichtige Kontrollvariable dienen.

2.2 Forschungsfragen

1) Wie wirken sich Stimmengewinne bzw. -verluste auf den Anteil der Regierungsämter, die die jeweiligen Koalitionsparteien bekommen, aus?

Verschiedene Konzeptionen von „Fairness“ bei der Ressortverteilung (*etwa „Gamson’s law“*, siehe unten) bewerten diesen Gerechtigkeitsaspekt auf unterschiedliche Weise. Hier interessiert die Frage, ob sich Stimmengewinne in Form einer größeren quantitativen Repräsentation innerhalb der Regierung bezahlt machen. Der Bezug zu Gamson’s law erscheint gerechtfertigt, weil sich diese Quasi-Gesetzmäßigkeit für sozialwissenschaftliche Verhältnisse empirisch außerordentlich gut belegen lässt. Dennoch gibt es Abweichungen, also keinen perfekten Zusammenhang; Stimmengewinne werden als mögliche Erklärung hierfür analysiert.

2) Bekommen Wahlgewinner eher die Ressorts, die zu ihren jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkten passen?

Nicht alle Parteien gewichten sämtliche Politikfelder gleichermaßen nach ihrer Wichtigkeit. Manche Partei mag etwa besonderen Wert auf die Umweltpolitik legen, andere wiederum eher auf Wirtschafts- oder Sozialpolitik. Es wird hierbei untersucht, ob Stimmengewinne tendenziell dazu führen, dass Parteien jene Ressorts besetzen können, die ihren eigenen inhaltlichen Schwerpunkten am besten entgegenkommen.

In den Kapiteln 4 und 6 werden außerdem theoriegeleitete Hypothesen präsentiert, bevor die empirische Arbeit beginnt. Zunächst wird jedoch der Forschungsstand dargestellt bzw. werden theoretische Zugänge präsentiert. Im Übrigen wird ein zusätzlicher Schwerpunkt der Arbeit auf Österreich liegen.

I THEORIE

3.1 Koalitionsregierungen

Wie zu Beginn bereits angedeutet, ist die politikwissenschaftliche Literatur zu Aspekten von Koalitionsregierungen besonders umfangreich. Warum ist diese Thematik jedoch von derart großem Interesse? Eine einleuchtende Zusammenfassung dieses Sachverhalts findet sich bei Laver/Schofield:

“For most of Western Europe, the politics of coalition lie at the heart of the business of representative government. Every West European state has been governed by a coalition for at least some time this century; many have been governed by coalitions for most of this time.” (Laver/Schofield 1990: 1)

Aus heutiger Sicht ist natürlich zu ergänzen, dass die erwähnten Tendenzen sich auch in Mittel- und Osteuropa – nachdem inzwischen Jahrzehnte seit dem Ende des so genannten „Ostblocks“ vergangen sind – herausgebildet haben. Koalitionsregierungen stellen heutzutage in Mittel- und Osteuropa ebenso wie in Westeuropa den Regelfall dar (vgl. Savage 2016: 515).

Im Wesentlichen lassen sich zwei nebeneinander existierende theoretische Denkschulen der Koalitionsforschung, speziell der Portfolioallokation, unterscheiden, wobei im vorliegenden Fall die Denkschule der spieltheoretischen Ansätze bedeutsam ist (*die zweite wäre die „European-Politics“-Schule, die vor allem induktiv arbeitet (vgl. Laver/Schofield 1990: 7f.)*). Auf Autoren wie William Riker geht die Betrachtung von Koalitionsbildungen als Nullsummenspiele zurück:

„In a constant sum game, everything that is ‚won‘ by one actor must, because of the structure of the game, be ‚lost‘ by another; the payoffs of all actors taken together thus always sum to a constant. Payoffs tended to be denominated in cabinet seats. The politics of coalition was seen simply as a particular logical type of social interaction, one forcing a subset of the actors to strike a particular type of bargain with each other before they could ‚win‘.“ (Laver/Schofield 1990: 9)

Die für diese Arbeit sehr wichtige, an die eben geschilderten Annahmen anknüpfende Theorie (genannt „Gamson’s law“) wird im Unterkapitel 3.2.1 ab Seite 13 („Gamson’s law“) behandelt. Zuvor sollen einführend einige allgemeine Informationen zum Thema quantitative Allokation bereitgestellt werden.

3.2 Quantitative/Qualitative Allokation

Einige grundlegende Annahmen vorab: Wie so vielen Arbeiten zu Koalitionstheorien (vgl. z.B. Laver/Schofield 1990) liegt auch der hier vorliegenden die Vorstellung von Parteien als rationalen, nutzenmaximierenden Akteuren zugrunde. Sie werden als einheitliche Spieler betrachtet, das heißt, mögliche innerparteiliche Interessenkonflikte etc. werden nicht berücksichtigt (*black boxes*). Die Parteien selbst werden zudem als die zentralen Akteure bei der Koalitionsbildung betrachtet (und nicht etwa bestimmte handelnde Personen, wie etwa Parteivorsitzende).

Die so genannten *payoffs*, also die „Profite“, die die Parteien in Koalitionsverhandlungen herausholen können, lassen sich generell in quantitative und qualitative unterscheiden. Quantitative *payoffs* geben schlicht darüber Auskunft, welchen Anteil an der Gesamtheit der Ministerien eine bestimmte Partei besetzt, während in qualitativer Hinsicht die Kompetenzen der jeweiligen Portfolios im Vordergrund stehen. Nicht alle Ministerien sind schließlich gleich bedeutsam, zudem gibt es von Partei zu Partei Unterschiede, auf welche Portfolios besonderes Gewicht gelegt wird (etwa die Landwirtschaftskompetenzen im Fall von Agrarparteien). Wie noch zu zeigen ist, kann hier wiederum unterschieden werden, ob eine Partei mehr oder weniger „objektiv wichtigere“ Ministerien bekommt, aber auch, wie gut die Ressortverteilung die unterschiedlichen politischen Präferenzen unterschiedlicher Parteien widerspiegelt. Der zentrale, entscheidende Unterschied: In quantitativer Hinsicht handelt es sich bei Kabinettspostenbesetzungen immer um Nullsummenspiele. In einer Zweiparteien-Koalition gilt: Was Partei A gewinnt, verliert Partei B und vice versa (vgl. Riker 1962). Für die qualitative Allokation gilt dies nicht notwendigerweise; hier kann der Fall eintreten, dass bei geänderter Ressortaufteilung letztlich beide Parteien profitieren (*siehe unten*).

Am Beginn des empirischen Teils dieser Arbeit steht die numerische Aufteilung der Kabinettsposten im Vordergrund. Zum einen ist die Riege der Ministerinnen und Minister eben das

zentrale Entscheidungsfindungsorgan in fast allen europäischen Demokratien, zum anderen ist es das am einfachsten festzustellende Kriterium, ob eine Partei Mitglied der Regierung ist oder nicht – sie ist es dann, wenn sie zumindest ein Ministerium führt. Oftmals oder sogar regelmäßig mit der Regierung abzustimmen, genügt nicht als Kriterium (vgl. Laver/Schofield 1990: 167).

Wie Laver/Schofield (1990) ebenfalls zeigen, ist die Proportionalitätsnorm nach Gamson (*siehe auch Kapitel 2.2.1 und 2.2.2*) ein sehr viel besserer Erklärungsfaktor für die quantitative Allokation als die Verhandlungsmacht (*bargaining power*), zumindest in uni- und bipolaren Systemen (wie Deutschland oder Österreich in den 1980er Jahren). [*Uni- bzw. Bipolarität verweist auf Systeme mit **einer** dominierenden bzw. zwei etwa gleich starken Parteien.*]. Die Fairnessnorm nach Gamson lässt sich hierbei auch dann beobachten, wenn zwei sehr unterschiedlich große Parteien über die formal gleiche Verhandlungsmacht verfügen (vgl. Laver/Schofield 1990: 178f.).

Für die Forschungsfrage 2 dieser Arbeit ist auch der Punkt der qualitativen Allokation wichtig. In der Literatur werden die Kanzlerschaft bzw. der Posten der/des Premierminister/s/in, Verteidigung, Finanzen, Wirtschaft und Äußeres als besonders wichtig erachtet (vgl. ebd.: 182). Bestimmte Parteien hingegen könnten auf bestimmte Ministerien besonderen Wert legen. Es wäre beispielsweise naheliegend, zu vermuten, dass Grünparteien mit Nachdruck danach streben würden, die Umweltaspekte zu besetzen. Die Autoren argumentieren allerdings, dass die Korrelation zwischen bestimmten Parteitypen und deren Ministerien sehr gering ist und statistisch fast gänzlich verschwindet, wenn auch auf die Parteigröße (hinsichtlich ihrer parlamentarischen Größe) kontrolliert wird (vgl. ebd.: 184). Neuere Forschung widerspricht diesen Erkenntnissen jedoch und zeigt, dass bestimmte Parteienfamilien signifikant häufiger Ministerien besetzen, die ihren inhaltlichen Schwerpunkten entsprechen (Bäck et al. 2011; *siehe auch Kapitel 5. Gamson's law und qualitative Allokation*).

3.2.1 Gamson's law

Das so genannte Gamson's law bezeichnet eine politikwissenschaftlich erforschte Gesetzmäßigkeit im Hinblick auf Fairnessnormen im Rahmen von Koalitionsregierungen. Die entsprechende Theorie stammt aus dem inzwischen zum Klassiker avancierten Werk von William A. Gamson, dessen zentrale Aussage sich folgendermaßen zusammenfassen lässt:

“It is intended to apply where several parties are competitively attempting to determine a decision and in which no participant has either dictatorial or veto powers. (...) **Our general hypothesis stated that participants will expect others to demand from a coalition a share of the payoff which is proportional to the amount of resources which they are contributing to it.**” (Gamson 1961: 382; *Hervorhebung durch den Verfasser*)

Der hier hervorgehobene Teil ist die wohl kürzest mögliche Zusammenfassung der Hauptaussage von Gamsons Koalitionstheorie. Dieser zentrale Gedanke in der Arbeit des Autors bedeutet im Hinblick auf Koalitionsregierungen, dass es zu erwarten wäre, dass Parteien, die an Koalitionen beteiligt sind, proportional zu ihrer Stärke in der gesetzgebenden Kammer mit Regierungsämtern bedacht werden. Um es an einem einfachen Rechenbeispiel zu verdeutlichen: Sind bei einer Koalition aus zwei Parteien A und B zehn Regierungsämter zu verteilen und Partei A verfügt über vier Mal so viele Sitze im Parlament wie Partei B, müsste Gamson zufolge Partei A acht Regierungssitze erhalten und Partei B zwei, was wiederum dem Verhältnis von 4 zu 1 entspräche.

3.2.2 Empirisches zu Gamson's law

Wenn es sich bei einer Theorie um eine aussagekräftige handeln soll, muss sie sich immer auch an ihrer empirischen Erklärungskraft messen lassen. Rund ein Jahrzehnt, nachdem Gamson seine Fairnessnorm postuliert hatte, wurde diesbezüglich eine systematische Untersuchung durchgeführt. Einige der durchaus überraschenden Erkenntnisse dieser Studie werden hier nun wiedergegeben – zunächst aber zur Definition von „*payoffs*“ durch die Autoren:

„Essentially, payoffs are resources which are distributed among coalition partners and used by them to advance their individual goals. Viewed this way, governing coalitions are tactical alliances of political parties, each one of which is seeking to achieve its own set of goals by using the resources it obtains as a result of coalition membership. (...) The most important policy payoff, however, is the distribution of public offices among the various governing parties. Here, each party is awarded one or more of the government ministries (and/or sub-ministerial posts) in exchange for bringing its parliamentary support to the government, thereby es-

tablishing its formal responsibility for and primary influence over individual policy areas.” (Browne/Franklin 1973: 453f.)

Dieser hier angesprochene Einfluss auf einzelne Politikfelder wird im Laufe dieser Arbeit ebenfalls wichtig sein. Politische Parteien werden hier nämlich einerseits als „*unitary actors*“ betrachtet, also gewissermaßen als einheitliche Akteure (vgl. Laver/Schofield 1990: 15ff.), und andererseits als solche, die nicht nur „*office-seeking*“, sondern auch „*policy-seeking*“ agieren, also bestimmte Regierungsämter anstreben, um auch konkrete Politikprojekte umsetzen zu können.

Hinsichtlich Gamson’s law formulieren Browne/Franklin (1973) zwei Aspekte, die vorerst einer Klärung bedürfen, um die postulierten Koalitions-*payoffs* empirisch untersuchen zu können:

„While Gamson has offered us a suspected relationship, he has not formulated it in such a way as to admit verification. What is a payoff? What does Gamson mean by the amount of resources parties contribute to the coalition?“ (Browne/Franklin 1973: 456)

Bei jenen Variablen, die am besten messbar sowie operationalisierbar sind, handelt es sich um die Regierungsämter (*payoffs*) sowie Anzahl an parlamentarischen Sitzen (*resources*) zur Stützung der Regierung (vgl. Browne/Franklin 1973: 456f.). Die bei Gamson nur implizit enthaltene Regel formulieren die Autoren nun ausdrücklich folgendermaßen:

“The percentage share of ministries received by a party participating in a governing coalition and the percentage share of that party’s coalition seats will be proportional on a one-to-one basis.“ (Browne/Franklin 1973: 457)

Eine Änderung der parteilichen Ressourcen, also der Anzahl ihrer Sitze im Parlament, wirkt demnach direkt auf die Anzahl ihrer Regierungsportfolios; vergrößert eine Partei ihre numerischen Repräsentation im Parlament, so wird sie ihren Anteil an Regierungsämtern in einem 1:1-Verhältnis steigern können, bei Verlusten gilt das Gegenteil.

Die empirische Untersuchung erstreckte sich über 13 Staaten, wobei 63 Parteien in 114 Koalitionsregierungen zwischen 1945 und 1969 berücksichtigt wurden (vgl. ebd.: 458). Das beeindruckende Ergebnis der statistischen Tests: Die bivariate Analyse der beiden Faktoren erklärte 85,5 % der Varianz, wobei die tatsächliche Regressionsgleichung

$$Y = -0,01 + 1,07 * x$$

lautet, was eine sehr geringe Abweichung von der erwarteten Gleichung (im Falle eines angenommenen perfekten Zusammenhangs) bedeutet; diese würde

$$Y = 0,0 + 1,0 * x$$

lauten. Die Abweichung ist in erster Linie mit einer tendenziellen Besserstellung kleinerer Koalitionspartner zu erklären; diese bekommen also in der Regel etwas mehr, als ihnen bei „strenger Auslegung“ von Gamsons Fairnessnorm zustehen würde (vgl. ebd.: 460). Ein erstes Fazit: Gamson's law liefert also – insbesondere für sozialwissenschaftliche Verhältnisse beeindruckend – mit nur einer unabhängigen Variablen einen sehr aussagekräftigen Anhaltspunkt für die Aufteilung von Regierungssitzen unter Koalitionspartnern.

Im Übrigen konnte dieses Ergebnis in sehr ähnlicher Form auch später bestätigt werden. Der Effekt wird zudem immer stärker, je mehr Parteien an einer Koalition beteiligt sind. Gibt es z.B. bei Regierungen aus nur zwei Parteien teilweise durchaus deutliche Abweichungen von Gamson's law, nähert sich der Wert mit zunehmender Anzahl an Koalitionspartnern einer 1:1-Proportionalität immer mehr an. In einer Arbeit von 1980 konnten Browne/Frendreis (unter Berücksichtigung von Kabinetten bis ins Jahr 1978) die entsprechende Regressionsgleichung mit

$$Y = 0,02 + 0,99 * x$$

(in Worten: Sitzanteil in der Regierung = $0,02 + 0,99 * \text{Sitzanteil in der Legislative}$)

und einem R^2 von 0,93 angeben (vgl. Browne/Frendreis 1980: 764f.), was wiederum die starke Korrelation zwischen der Anzahl an Parlamentssitzen und der numerischen Repräsentation in der Regierung unterstreicht. Zu nahezu identischen Ergebnissen kommen auch aktuellere Studien, was die im Zeitverlauf gegebene Konsistenz von Gamson's law unterstreicht; das

Maß des Zusammenhangs – in diesem Fall r – nimmt (für rund 200 unterschiedliche Kabinette in zwölf Staaten bis zum Jahr 1989) den Wert 0,925 an. Angesichts dieses nahezu exakt gleichen Ergebnisses wie in der zuvor präsentierten Studie weisen die Autoren ausdrücklich auf die substanziell anders geartete Zusammensetzung ihres Datensatzes hin (vgl. Warwick/Druckman 2001: 638). Sogar noch deutlicher zeigt sich das Phänomen des auffallend starken Zusammenhangs zwischen Parlamentssitzen und Regierungsposten in einer noch umfassenderen Studie (14 westeuropäischen Länder mit 268 unterschiedlichen Kabinetten zwischen 1945 und 2000): Hier beträgt der Wert für r sogar 0,943. Zudem verweisen die Autoren auf die hohe Validität der Ergebnisse auch in länderübergreifender Hinsicht, weil lediglich zwei der untersuchten Staaten (Island und Luxemburg) Werte unter 0,800 liefern (vgl. Warwick/Druckman 2006: 646f.).

Im Falle eines tatsächlich *perfekten* Zusammenhangs zwischen den beiden genannten Variablen (und somit einer 100-%-igen Gültigkeit von Gamson's law) wäre die vorliegende Arbeit ein zweckloses Unterfangen. Es wurden bisher verschiedene Faktoren untersucht, die zur Erklärung der empirisch belegten Abweichungen (beispielsweise der schon genannten „Bevorzugung“ kleinerer Koalitionsparteien) herangezogen werden können. Hier wird später der Faktor Stimmenanteilsänderungen untersucht werden; vorerst werden aber einige ebenfalls zu berücksichtigende Punkte diskutiert. Wie gezeigt wird, lassen sich aus der Literatur insbesondere drei einflussreiche Erklärungsfaktoren für die Abweichung von Gamson's law herausarbeiten:

- die (Nicht-)Bildung von „Vor-Wahl-Koalitionen“; derartige Zusammenschlüsse gelten als sehr gute Beispiele für Gamson-gemäße Allokationen.
- die tendenzielle Besserstellung von kleineren Parteien, die mehr erhalten als Gamson's law für sie vorsehen würde.
- die Stellung einer Partei als *formateur*; die mit der Regierungsbildung beauftragten Parteien erhalten tendenziell mehr Kabinettsposten als Gamson's law vorhersagt. Besonders dieser Punkt ist allerdings in der Literatur keineswegs unumstritten. Die vorteilhafte Position des *formateurs* lässt sich empirisch sehr schwer erhärten; stattdessen zeigt sich im Nachkriegs-Europa eine relativ stabile Tendenz zur Überkompensation kleinerer Parteien sowie eher eine „Schlechterstellung“ größerer – und in der Regel koalitionsformierender – Parteien (vgl. Warwick/Druckman 2006: 651).

Carroll/Cox (2007) bemängeln die bislang unzureichende theoretische Fundierung von Gamson's law und unternehmen den Versuch, diese empirisch so gut nachgewiesene Gesetzmäßigkeit theoretisch zu untermauern. Die Autoren zeigen, dass Koalitionen, die bereits vor einer Wahl – im Falle einer sich ergebenden Mehrheit – geschlossen werden, wesentlich stärker Gamson's law folgen als Koalitionsregierungen, die sich erst in Verhandlungen nach Wahlen ergeben. Dafür werden drei Gründe angeführt:

“First, parties have a substantial incentive to make pre-election pacts, if they can, because such pacts can help coordinate on one of the many possible outcomes in the bargaining game that will ensue after the election is held. Second, if some parties do form a pact, their anticipations of how the coalition will allocate cabinet posts, should it win a majority, will affect how much effort they invest in the election campaign. Third, if some parties do form a pact, each member party's investment in the electoral campaign produces not just more seats for that particular party (a private good) but also an increased probability of a coalitional majority (a public good).” (Carroll/Cox 2007: 300f.)

Anhand statistischer Tests zeigen die Autoren, dass ihre Annahme, derartige „Vor-Wahl-Koalitionen“ würden besonders streng nach Gamson's law die quantitative Allokation ihrer Kabinettsposten durchführen, über Ländergrenzen und über den Zeitverlauf hinweg zutreffend ist (vgl. ebd.: 310).

Eine wichtige Rolle kann es darüber hinaus spielen, die Eigenschaft des *formateurs* zu besitzen, also jener Akteur zu sein, der mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Während ältere Literatur diesen Effekt nicht festzustellen vermochte, können Ansolabehere et al. (2005) zeigen, dass dies sehr wohl einen entscheidenden Einfluss nehmen kann. Auch in dieser Studie zeigt sich im Übrigen erneut die relative Besserstellung kleinerer Partner, aber auch gewisse Vorteile für den *formateur* lassen sich erkennen (vgl. Ansolabehere et. al 2005).

Falcó-Gimeno/Indridason (2013) schlagen zwei Faktoren vor, die die quantitative Allokation im Rahmen von Koalitionsregierungen beeinflussen: Komplexität (*complexity*) und Unsicherheit (*uncertainty*). Die Autoren stellen die Hypothesen auf, dass größere Proportionalität (und damit eine höhere Entsprechung zu Gamson's law) dann auftritt, wenn erstens die Parteien sich größerer Unsicherheit gegenüber sehen und zweitens, wenn Verhandlungssituationen

besonders komplex sind. In einer Verhandlungssituation mit einem Spieler, der über eine besonders hohe *bargaining power* verfügt, wäre es etwa nicht anzunehmen, dass dieser Akteur diesen Vorteil leichtfertig aus der Hand geben würde. Stattdessen wäre er bestrebt, die große Verhandlungsmacht in überproportionale Gewinne umzumünzen (vgl. Falcó-Gimeno/Indridason 2013: 228).

Regressionsanalysen mit Daten von 14 westeuropäischen Ländern aus dem Zeitraum 1949 bis 1999 führen zu dem Ergebnis, dass Unsicherheit und komplexe Verhandlungssituationen tatsächlich die Proportionalitätsnorm beeinflussen: Je komplexer Verhandlungssituationen sind, desto eher werden die Vorhersagen von Gamson's law erfüllt; je einfacher sich die entsprechenden Situationen jedoch gestalten, desto größer wird der Einfluss, den die *bargaining power* ausübt (vgl. Falcó-Gimeno/Indridason 2013: 242). Die Literatur kennt somit eine Reihe an Faktoren, die die Abweichung von Gamson's law (mit)begründen können, der Aspekt der Stimmengewinne (bzw. -verluste) blieb allerdings bisher unterbelichtet.

3.3 Auswirkungen von Stimmgewinnen/-verlusten

Die Auswirkungen von Stimmgewinnen bzw. -verlusten im Vergleich zur vorherigen Wahl (*electoral performance*) auf Koalitionsverhandlungen sind von der Politikwissenschaft bisher nicht besonders stark beleuchtet worden; zumindest, wenn der Fokus auf quantitativer bzw. qualitativer Allokation liegt. Einige Arbeiten und deren Ergebnisse zu dieser *electoral performance* sollen hier dennoch vorgestellt werden, auch um Anhaltspunkte für die weitere Arbeit zu bekommen.

In diesem Teil soll außerdem nun klar herausgearbeitet werden, was den neuartigen Erkenntnisgewinn dieser Arbeit darstellt: Es wird argumentiert, dass, wenngleich Gamson's law eine empirisch gut begründete Gesetzmäßigkeit ist, es doch erklärungsbedürftige Abweichungen gibt. Als wichtiger Faktor hierbei werden Stimmgewinne und -verluste ins Treffen geführt. Parteien, die bei Wahlen an Stimmen gewinnen, sollten nach dieser Logik im Verhältnis überkompensiert werden, für Verliererparteien gilt das Gegenteil.

Sehr wohl gibt es immerhin einige Studien zur Frage, wie sich Stimmengewinne und -verluste auf die Chance zur Regierungsbeteiligung auswirken, wobei die Resultate durchaus nicht eindeutig sind. Eine Studie gelangt etwa zu dem Urteil, dass in Westeuropa Koalitionen eher *policy*-basiert gebildet werden, in Osteuropa dagegen die Erklärung fast ausschließlich in der *electoral performance* zu suchen ist (vgl. Döring/Hellström 2013). Demzufolge sollten sich in westeuropäischen Demokratien eher Koalitionen zusammenfinden, deren Partner über ähnliche inhaltliche Zielsetzungen verfügen. In osteuropäischen Staaten wären hingegen Wahlerfolge bzw. -misserfolge von weit größerem Einfluss. Andere Autoren zeigen – allerdings nur für Westeuropa – dass die *electoral performance* generell ein eher ungeeigneter Indikator für eine Regierungsbeteiligung ist und in einigen Ländern, darunter Österreich und Deutschland, der Verlust von Mandaten die Chance auf Regierungsbeteiligung sogar erhöht (vgl. Mattila/Raunio 2004).

Die Änderung der jeweiligen Stärke verschiedener Parteien von einer Wahl zur nächsten ist natürlich nur einer der Faktoren, die die Koalitionsbildung beeinflussen. Insbesondere sind die relative Stärke von Parteien (unabhängig vom Ergebnis der vorherigen Wahl) sowie deren ideologische Ausrichtungen relevant (vgl. Mattila/Raunio 2004: 265). Bezüglich der Stimmenanteilsänderungen konstatieren die Autoren:

“According to the *electoral gain principle*, parties that increase their share of the votes or parliamentary seats in the elections should form the government, with parties that lose seats joining the opposition. A less restrictive definition is that winning parties should, all other things being equal, be more likely to be included in the new government. The electoral gain principle is important in terms of legitimacy, as neglecting the verdict of the voters could undermine popular support for the political system and its main parties.” (Mattila/Raunio 2004: 266; *Hervorh. im Original, Anm. d. Verf.*)

Es wird allerdings auch auf gewisse Problematiken mit diesem theoretischen Aspekt hingewiesen. Erstens: Normalerweise bekommt die Partei mit der Stimmenmehrheit die Möglichkeit zur (versuchten) Regierungsbildung, was natürlich die Chancen erhöht, der nächsten Regierung auch tatsächlich anzugehören. Zudem gibt es eine empirisch gut nachgewiesene Tendenz, dass regierende Parteien bei der nächsten Wahl Stimmenanteile verlieren. An der Regierung beteiligt gewesen zu sein, ist in Wahlen also eher eine Bürde als ein Vorteil (vgl. ebd.: 266). Umgekehrt konnte sogar gezeigt werden, dass (zum Zeitpunkt der Erstellung der entsprechenden Studie) mehr als 54 % jener Parteien mit den größten Stimmzuwächsen in Wahlen in Europa nach 1945 nicht an der nachfolgend gebildeten Regierung beteiligt waren (vgl. Budge/Keman 1990: 183).

Einen interessanten Aspekt arbeiten die Autoren heraus, nämlich jenen, dass der entsprechende Effekt allenfalls für Gewinnerparteien festzustellen sei, für Verliererparteien jedoch kaum:

„The results show that a party’s probability of getting the prime ministership is related to its electoral success. If a party is a winner in the elections, the bigger the win the more likely it is to get the prime ministership. This shows that the electoral gain principle affects government formation, at least in the case of winning parties. The results also show, rather unsurprisingly, that prime ministers are more likely to come from bigger parties than from smaller ones.

(...) it is evident that party size and whether a party was included in the previous government are clearly better predictors of a prime minister’s party than electoral success.“ (Mattila/Raunio 2004: 279)

Summa summarum kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die *electoral performance* ein eher schwacher, wenn auch nicht gänzlich unbedeutender Faktor ist, wenn es darum geht, Eintritt in eine Koalition zu erlangen (vgl. ebd.: 282).

Wie bereits angedeutet, ist die besondere Bedeutung des *electoral gain principle*, die hier postuliert wird, jedoch durchaus nicht unumstritten. Eine zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführte Studie gelangt zu folgenden Ergebnissen:

“Secondly, somewhat contrary to the findings of Mattila and Raunio (2004), our results indicate that both gains and losses of seats are important predictors of entering into government. Parties losing seats in the general elections have, on average, a lower probability of getting into government, while parties that were more successful at winning seats have an average higher probability of getting into government.” (Döring/Hellström 2013: 693)

Dies widerspricht doch einigermaßen deutlich den Erkenntnissen von Mattila/Raunio 2004, die ja die *electoral performance* beinahe – wenn auch nicht gänzlich – als vernachlässigbare Größe benannten.

“Moreover, electoral results have a dominating impact on government formation in Central-Eastern Europe. In this region, **chances of government participation are determined more by electoral strength** and less by party system characteristics, such as party positions or the number of parties. Only the largest party in parliament, the size of the party, and **parties with significant seat gains in the most recent election** are robust explanatory factors for government participation in the East and our results to some extent support previous findings about the lower probability of Communist successor parties getting into cabinet.” (Döring/Hellström 2013: 695; *Hervorh. durch d. Verf., Anm.*)

Zudem gibt es in Westeuropa deutlich weniger Minderheitsregierungen als in osteuropäischen Staaten, weniger fragmentierte Parteiensysteme und vor allem weniger stark schwankende Wahlergebnisse von einer Wahl zur nächsten. In Osteuropa gibt es eine etwas höhere Anzahl unterschiedlicher Parteien sowie durchschnittlich kürzere Legislaturperioden (vgl. ebd.: 688).

Insbesondere die deutlich höhere Volatilität der Wahlergebnisse in Osteuropa wird es bei der späteren Datenanalyse zu berücksichtigen gelten.

Die entscheidenden Ergebnisse dieser Studie lauten dahingehend, dass klare Unterschiede hinsichtlich der Chancen auf Regierungsbeteiligung zwischen West- und Osteuropa bestehen. Zwei Faktoren lassen sich jedoch in beiden Regionen als zuverlässige Determinanten einer Regierungsbeteiligung angeben: der Status als mandatsstärkste Partei sowie Stimmengewinne bei der letzten Wahl (vgl. ebd.: 696). In westeuropäischen Staaten erhöhen außerdem der Status als Amtsinhaber sowie ideologisch moderate Positionen [vgl. „*median-voter-Theorem*“, z.B. Downs 1957] die Wahrscheinlichkeit, einer Regierung anzugehören (vgl. Döring/Hellstöm 2013: 695).

Zum oben diskutierten *electoral gain principle* ist und der damit verbundenen Legitimitätsfrage ist schließlich noch hinzuzufügen, welche Faktoren ausschlaggebend sind, damit eine Partei bei Wahlen als „Gewinnerin“ gilt bzw. wahrgenommen wird. Empirische Untersuchungen konnten belegen, dass der absolut zentrale Faktor hierbei der erste Platz bei Wahlen ist. Die Wählerinnen und Wähler der jeweils stimmenstärksten Partei betrachten sich im Allgemeinen als Wahlgewinner. Besonders für westeuropäische Staaten (wie Deutschland und Spanien) konnte aber auch gezeigt werden, dass Stimmengewinne von Parteien das Gefühl ihrer Wählerschaft bestärken, Wahlgewinner zu sein (vgl. Stiers et al. 2018: 28). Für diese Arbeit bedeutet dies wiederum eine Bestärkung darin, anzunehmen, dass stimmengewinnende Parteien aufgrund ihrer öffentlichen Wahrnehmung als „Wahlgewinner“ gestärkt in Koalitionsverhandlungen gehen und diese verhältnismäßig erfolgreich bestreiten können.

Ein erstes Fazit aus einigen bisher durchgeführten Studien zum Thema Stimmengewinne bzw. -verluste kann daher lauten, dass nicht nur inhaltlich einander widersprechende Ergebnisse erzielt werden, sondern auch, dass offenbar deutliche Unterschiede zwischen West- und Osteuropa vorherrschen. In osteuropäischen Staaten ist, so legt es die Literatur nahe, der jeweilige Wahlerfolg stärker ausschlaggebend als in Westeuropa.

In der vorliegenden Arbeit wird dieser Ansatz erweitert und es wird argumentiert, dass dies nicht nur für die Regierungsbeteiligung an sich gilt, sondern auch, dass sich in osteuropäischen Demokratien das Abschneiden der Parteien bei Wahlen zusätzlich stärker auf die quantitative und qualitative Allokation der Regierungsämter auswirkt.

4. Hypothesen zu quantitativer Allokation

Auf Basis all der nun präsentierten theoretischen Wissensstände aus der Literatur werden bezüglich quantitativer Allokation folgende Hypothesen für die anschließend folgende empirische Auswertung und statistische Testung formuliert:

Hypothese 1)

Hypothese 1.1) Parteien mit Stimmengewinnen erhalten anteilmäßig mehr Regierungsämter, als die quantitative Proportionalitätsregel „Gamson’s law“ vorhersagt.

Hypothese 1.2) Für Parteien mit Stimmverlusten gilt das Gegenteil, wobei der Effekt für gewinnende Parteien größer ist.

Die hier zugrunde liegende Annahme ist, dass Parteien Stimmengewinne – immer im Vergleich zum vorherigen Wahlgang – zur Vergrößerung ihrer Verhandlungsmacht nutzen können, etwa im Hinblick auf die öffentliche Meinung (positives Image aufgrund der Stimman-teilszuwächse). Die Literatur legt außerdem nahe, dass besonders für Gewinner-, weniger jedoch für Verliererparteien Effekte messbar sind.

5. Gamson's law und qualitative Allokation

Bisher wurde ausschließlich auf die quantitative Allokation Bezug genommen, was darin begründet liegt, dass es doch hierzu eine enorme Fülle an Literatur und belastbaren empirischen Erkenntnissen gibt. Wesentlich weniger wurde bisher zu den entsprechenden Implikationen bezüglich qualitativer Allokation gearbeitet. Dennoch gibt es auch dazu bereits Forschungsergebnisse, wovon einige wichtige im Folgenden präsentiert werden.

In einer systematischen Untersuchung potenzieller Einflussfaktoren auf die qualitative Allokation stellt sich zunächst heraus, dass generell größere Parteien als einflussreicher bewertete Ministerien bekommen und dass der Status als Medianpartei auf einer bestimmten *policy dimension* die Chancen erhöht, ein bestimmtes Portfolio zu erlangen. Als besonders wichtig ist jedoch die Zugehörigkeit zu einer Parteienfamilie zu nennen; so erweist sich die Zugehörigkeit zu den sozialdemokratischen Parteien als positiv bei der Erlangung des Sozialministeriums, Agrarparteien bekommen signifikant häufiger das Landwirtschaftsministerium etc. (vgl. Bäck et al. 2011: 459f.).

Eine Erkenntnis, die auch für die empirische Arbeit an dieser Stelle von Bedeutung sein wird, ist jene, dass Parteien besonderen Wert darauf legen, jene Ministerien zu kontrollieren, auf deren inhaltliche Kompetenzen in den jeweiligen Wahlprogrammen stark fokussiert wird (vgl. Bäck et al. 2011: 466). Das bedeutet, dass beispielsweise Parteien, die die Wichtigkeit des Umweltschutzes betonen, mit größerer Wahrscheinlichkeit das Umweltministerium besetzen werden, Parteien mit Fokus auf innere Sicherheit das Innenministerium und so weiter. Daran lässt sich ersehen, dass die qualitativen *payoffs* kein Nullsummenspiel sind, da eine geeignete Allokation dazu führt, dass alle Partner **mehr** ihrer jeweiligen Kompetenzen einbringen können als es proportional ihrer rein numerischen Größe entspricht.

Ecker und Meyer (2018) gehen ebenfalls von Gamson's law als einer empirisch belastbaren Fairnessnorm aus und versuchen die Frage zu beantworten, ob auch hinsichtlich der Ämterverteilung in inhaltlicher (anstelle bloß mengenmäßiger) Betrachtung eine solche Fairnessnorm zum Tragen kommt. Da unterschiedliche Parteien im Normalfall auf unterschiedliche Inhalte fokussieren, z.B. Grünparteien einen besonderen Wert auf Umwelttagenden legen, herrscht in qualitativer Hinsicht kein Nullsummenspiel vor (vgl. Ecker/Meyer 2018: 2). Betrachtet man die Ämterverteilung quantitativ, so ist natürlich ein solches Nullsummenspiel

gegeben: Jedes Ministerium, das eine Partei bekommt, muss einer anderen Partei gewissermaßen „weggenommen“ werden – der Gewinn von Partei A geht auf Kosten von Partei B. Die qualitative Verteilung kann dagegen in einer Weise erfolgen, die alle Beteiligten – inhaltlich betrachtet – zu Gewinnern macht.

Die Autoren bedienen sich zweier unterschiedlicher Fairness-Kriterien für die qualitative Betrachtung, da dies grundsätzlich schwerer festzustellen ist als Fairness in quantitativer Hinsicht, was einfach Proportionalität bedeuten würde. Sie bezeichnen dies (nach Brams/Taylor 1999) als *envy-freeness* und *equitability*. Zum ersten Punkt wird erklärt:

„An allocation is envy-free if no party envies the policy payoff of another party. For example, consider a two-party coalition between A and B, where party A contributes twice as many seats to the coalition as party B. Suppose that they split ministries in a way so that party A gets 95 percent of its maximum policy payoff and party B gets 40 percent of its maximum policy payoff. For Party A, the portfolios held by party B are ‘worth’ 5 percent. Even if it could expect twice as many of them (as party A contributes twice as many seats to the coalition), the expected policy payoff would be lower than its current payoff. Similar, party B does not envy party A’s portfolio share: for party B, the portfolios held by party A would satisfy 60 percent of its maximal policy output, but party B could only expect to get half of them (as it is only half the size of party A). Therefore, the expected payoff is lower than its current payoff.“ (Ecker/Meyer 2018: 6)

Zum Punkt *equitability*: Dies wird ebenfalls anhand eines Beispiels mit einer Partei A und einer halb so großen Partei B erklärt. Das vorhin genannte Beispiel wäre im Sinne der *equitability* jedoch nicht fair, da Partei A mehr bzw. Partei B weniger erhält als quantitativ zu erwarten wäre. Aufgrund der doppelten Größe von Partei A sollte diese entsprechend dieser Norm auch „nur“ den doppelten *policy-payoff* von Partei B erhalten (also etwa 80 % für Partei A sowie 40 % für Partei B und nicht 95 zu 40 wie zuvor) (vgl. ebd.: 7).

Diese Erklärungen verdeutlichen bereits, dass qualitative Fairnessnormen wesentlich komplexer darstellbar sind als quantitative. Weil nicht notwendigerweise immer beide genannten qualitativen Fairnessnormen für ein bestimmtes Kabinett gelten müssen, sind die empirischen

Resultate der Untersuchung besonders interessant. Für beide Normen sollen die Ergebnisse hier gesondert diskutiert werden:

envy-freeness: Die durchschnittliche Abweichung von der nächsten entsprechenden Verteilung beträgt 0,17 Punkte. Das heißt, im Durchschnitt „verschwenden“ Kabinette 17 Prozent ihres *policy-payoffs* im Vergleich zu völliger *envy-freeness*. Das Maximum in der Untersuchung beträgt sogar 34 Prozent, also vergeuden manche Kabinette rund ein Drittel des bestmöglichen *policy-payoff* (vgl. ebd.: 13).

equitability: Hier beträgt die durchschnittliche Abweichung von der nächsten entsprechenden Verteilung 0,36 Punkte. Es müssten also im Durchschnitt 36 Prozent der *policy-payoffs* umverteilt werden, um zu einer in diesem Sinne fairen Verteilung zu gelangen. Der niedrigste Wert beträgt hier übrigens 0,17 Punkte, also selbst im „besten“ Fall im Rahmen der Untersuchung müssten noch 17 Prozent *policy-payoffs* umverteilt werden (vgl. ebd.: 12). Dennoch bleibt festzuhalten, dass die beiden beschriebenen Normen recht stark korrelieren und den Wert $r = 0,76$ annehmen. Das bedeutet wiederum, dass *envy-freeness* und *equitability* nicht zwangsläufig, aber doch recht häufig gleichzeitig auftreten (vgl. ebd.: 14).

Welche Faktoren sind aber geeignet, Abweichungen von „fairen“ Verteilungen zu erklären? Die Möglichkeit des gleichzeitigen Auftretens von proportionaler Verteilung (vgl. Gamson's law) sowie fairer qualitativer Zuordnung eignet sich besonders gut zur Erklärung:

„Specifically, we observe that the distribution of policy payoffs is fairer – i.e. more equitable and envy-free – if this subset of fair allocations also allows for a proportional distribution of office payoffs among government parties. A hypothetical shift from a perfectly disproportional (quantitative proportionality = -1) to a perfectly proportional (quantitative proportionality = 1) distribution of office payoffs substantively reduces the distance to the closest equitable and envy-free allocation by approximately 80 and 60 percent of the dependent variable's observed empirical range, respectively.” (Ecker/Meyer 2018: 19f.)

Weitere untersuchte Faktoren liefern folgendes Bild: Während das Vorhandensein einer oder mehrerer Parteien mit besonderer Verhandlungsmacht einer fairen qualitativen Verteilung

abträglich ist, lässt sich für die Beteiligung der *median party* kein signifikanter Effekt feststellen (vgl. ebd.: 20).

Die Autoren selbst fassen ihre zentralen Erkenntnisse folgendermaßen zusammen:

„Why is fairness such a strong norm for office, but not for the distribution of policy payoffs? One reason might be that parties may find it easier to exploit their higher bargaining power for reaping policy rather than office payoffs. The numerical distribution of cabinet positions is a highly visible outcome of the coalition bargaining process. Parties that are ‘underpaid’ in terms of cabinet positions are ultimately seen as losers of the bargaining process. (...) In contrast, the distribution of policy payoffs is less visible, especially with regards to the allocation of policy jurisdictions to individual departments. (...) Our findings also suggest that fairness in the distribution of policy payoffs is subject to the cabinet parties’ bargaining situation. Coalitions are more likely to agree on envy-free and equitable allocations if these fair allocations are not at odds with a proportional distribution of cabinet positions and if the parties bargaining power is more evenly distributed.“ (Ecker/Meyer 2018: 21)

Interessant ist darüber hinaus, dass – im Falle mehrerer unterschiedlicher Möglichkeiten, die quantitative Allokation proportional zu gestalten – mit größerer Wahrscheinlichkeit auch eine im obigen Sinn „faire“ qualitative Allokation stattfinden wird (vgl. Martin 2016: 26f.). Mit anderen Worten: Bei Koalitionsbildungen wird es üblicherweise zahlreiche Möglichkeiten geben, die Ministerien unter den Parteien quantitativ so zu verteilen, dass Gamson’s law erfüllt wäre. Empirisch lässt sich jedoch belegen, dass in den meisten Fällen eine Variante gewählt wird, die auch in qualitativer Hinsicht fair ist.

Das Fazit dieser Diskussion lautet also, dass qualitative Fairness deutlich schwieriger zu beobachten ist als quantitative, wo sich Proportionalität (Gamson’s law) als empirisch gut belegte Fairnessnorm etabliert hat. Gerade im Hinblick auf qualitative Allokation besteht in der Forschung daher noch besonderer Erklärungsbedarf. In dieser Arbeit wird noch zu zeigen sein, ob Wahlgewinner überdurchschnittlich oft ihre „gewünschten“ Ressorts bekommen können – dazu dient ein Blick auf die Salienztheorie.

5.1 Salienztheorie

Die Salienztheorie, die maßgebend auf einer Arbeit von Budge/Farlie (1983) basiert, ist ein ausgesprochen einflussreicher Ansatz, um zu erklären, wie und warum unterschiedliche Parteien mehr bzw. weniger Wert auf unterschiedliche *policy*-Felder legen. Für diese Arbeit spielt die Salienztheorie insofern eine wichtige Rolle, als zu untersuchen sein wird, ob Wahlgewinner-Parteien tatsächlich eher jene Ressorts erlangen können, welche besser zu ihren jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkten passen.

“Building on the idea of an indelible party linkage to certain issues, they reasoned that election campaigns could be characterised in terms of the predominance of one party’s favourable issues over another.” (Budge 2015: 764) Dies ist eine kurze, jedoch prägnante Zusammenfassung des zentralen Gedankens der Salienztheorie bei Budge/Farlie (1983). Die Hauptaussage der Theorie lautet dahingehend, dass bestimmten Parteien nicht nur bestimmte Issues zugeschrieben werden, sondern auch, dass diese Parteien eben über jene Themen besonders häufig sprechen bzw. in ihren Wahlprogrammen schreiben.

Die Salienztheorie fokussiert im Speziellen auf 3 Aspekte strategischen Handelns von Parteien (vgl. Budge 2015: 767):

- 1) Parteien lenken eher die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen, bei denen ihnen Kompetenz zugeschrieben wird, anstatt in die direkte Konfrontation über umstrittene Issues mit dem Mitbewerber zu gehen.
- 2) Parteien betonen langfristig immer wieder bestimmte Themen, die schließlich mit ihnen assoziiert werden und für die ihnen im Laufe der Zeit Kompetenz zugeschrieben wird. So werden etwa Grünparteien heute besonders mit Umweltschutzagenden assoziiert, weil sie sich teilweise seit Jahrzehnten stark für diese Thematik einsetzen.
- 3) Parteien profitierten davon, wenn „ihre“ Kernthemen besondere Aufmerksamkeit in der öffentlichen Wahrnehmung erlangen – so können sich etwa wirtschaftlich kompetente Parteien in Zeiten ökonomischen Abschwungs profilieren.

Die analytischen Stärken der Salienztheorie können folgendermaßen beschrieben werden:

“It recognizes the tendency of parties to talk past their opponents by emphasizing issues on which they feel strongest. The theory recognizes the persisting link be-

tween parties and issues and offers an obvious research design for testing the theory. Finally, it directs research away from modeling the vote, to a predictive explanation of election outcomes.“ (Petrocik 1984: 105)

Mit Hilfe des hier verwendeten Datensatzes ist es möglich, festzustellen, welche Parteien welche inhaltlichen Schwerpunkte setzen – und ob es ihnen gelingt, im Falle von Stimmenzuwächsen bei Wahlen jene Ministerien zu besetzen, die ihren thematischen Fokus gut widerspiegeln.

6. Hypothesen zu qualitativer Allokation

Hypothese 2)

Parteien mit Stimmengewinnen erhalten häufiger jene Ressorts, die mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten stärker übereinstimmen.

Wie auch oben schon diskutiert wurde, gewichten unterschiedliche Parteien unterschiedliche Ressorts besonders stark. Agrarische Parteien werden besonderen Wert auf das Landwirtschaftsministerium legen, sozialdemokratische Parteien dürften speziell das Sozialressort bevorzugen etc. Es liegt für diese Fragestellung eine entsprechende Variable im Datensatz vor und die Annahme geht wiederum dahin, dass Parteien mit Stimmengewinnen diese zu ihren Gunsten nutzen und ihre bevorzugten Ressorts bekommen können.

Eine Betrachtung der einschlägigen Forschung legt die Vermutung nahe, dass die Effekte von Stimmengewinnen in osteuropäischen Demokratien einen noch stärker positiven Einfluss auf Gewinnerparteien ausüben als in westeuropäischen. Wie oben diskutiert wurde, sind Wahlergebnisse in Osteuropa im Allgemeinen wesentlich volatiler als in Westeuropa. Außerdem weisen osteuropäische Staaten generell weniger „stabile“ Parteiensysteme auf; so kommt es im Verhältnis häufiger zu Minderheitsregierungen, die Parteiensysteme sind stärker fragmentiert und es gibt durchschnittlich eine höhere Anzahl unterschiedlicher Parteien. Anhand dieser Faktoren wird argumentiert, dass sich starke Zugewinne bzw. Verluste an Wählerstimmen in Osteuropa stärker positiv bzw. negativ auswirken als in Westeuropa. Auf Basis all dieser Überlegungen wird abschließend folgende Hypothese formuliert:

Hypothese 3)

Zwischen Ost- und Westeuropa gibt es Unterschiede – die electoral performance ist im Osten von noch größerer Bedeutung, und zwar sowohl

- *in quantitativer Hinsicht (Hypothese 3.1)*
- *als auch qualitativer Hinsicht (Hypothese 3.2).*

II EMPIRIE

7.1 Der Datensatz

Der für die folgenden Analysen verwendete Datensatz umfasst 21 Staaten in West- und Osteuropa, wobei 175 Regierungskoalitionen erfasst sind. Es wird ein Zeitraum von 1945 bis 2014 berücksichtigt. Analysiert werden ausschließlich Koalitions-, nicht aber Einparteienregierungen, da in letzterem Fall ja sämtliche Regierungsämter lediglich *einer* Partei zufallen würden. Außerdem werden nur Koalitionen untersucht, die *nach* einer Wahl gebildet wurden, da nur in solchen Fällen Stimmenanteilsänderungen zu beobachten sind.

7.2 Deskriptive Statistiken

Zunächst erfolgt ein Überblick über einige wichtige grundlegende Daten:

Code	Land	Anzahl Regierungen
01	Österreich	11
02	Belgien	17
03	Dänemark	12
04	Finnland	8
06	Deutschland	15
08	Island	17
09	Irland	10
10	Italien	3
11	Luxemburg	14
12	Niederlande	18
13	Norwegen	8
16	Schweden	4
18	Bulgarien	2
20	Tschechien	5
21	Estland	5
22	Ungarn	5
24	Litauen	4
26	Polen	2
27	Rumänien	3
28	Slowakei	6
29	Slowenien	6

Tabelle I: Datensatz

Zur Erklärung der Tabellenlabels: „Code“ beschreibt den jeweiligen Ländercode im Datensatz; „Land“ ist der zu untersuchende Staat; „Anzahl Regierungen“ gibt Auskunft über die Gesamtzahl der im Datensatz berücksichtigten Regierungen pro Staat.

Insgesamt werden im vorliegenden Datensatz 175 unterschiedliche Kabinette in 21 west- und osteuropäischen Staaten behandelt. Die Spanne der größten Stimmenverluste bzw. -gewinne von einer Wahl zur nächsten reicht von $-17,6\%$ als maximalem Verlust bis $42,7\%$ als größtem Gewinn.

Nach Gamson's law besteht eine Proportionalität zwischen der Größe einer Partei im Parlament und der Anzahl ihrer Regierungsposten. Die neu berechnete Variable „size-diff“ (siehe Grafik) beschreibt, wie stark die Beobachtungen von dieser Gesetzmäßigkeit abweichen. Gemeint ist die Differenz zwischen dem Sitzanteil einer Partei in der jeweiligen Legislative (relativ zu allen Regierungsparteien) und ihrem Anteil an Ministerposten in der Regierung. Träfe Gamson's law nämlich sozusagen „perfekt“ zu, nähmen alle Beobachtungen den Wert 0 an.

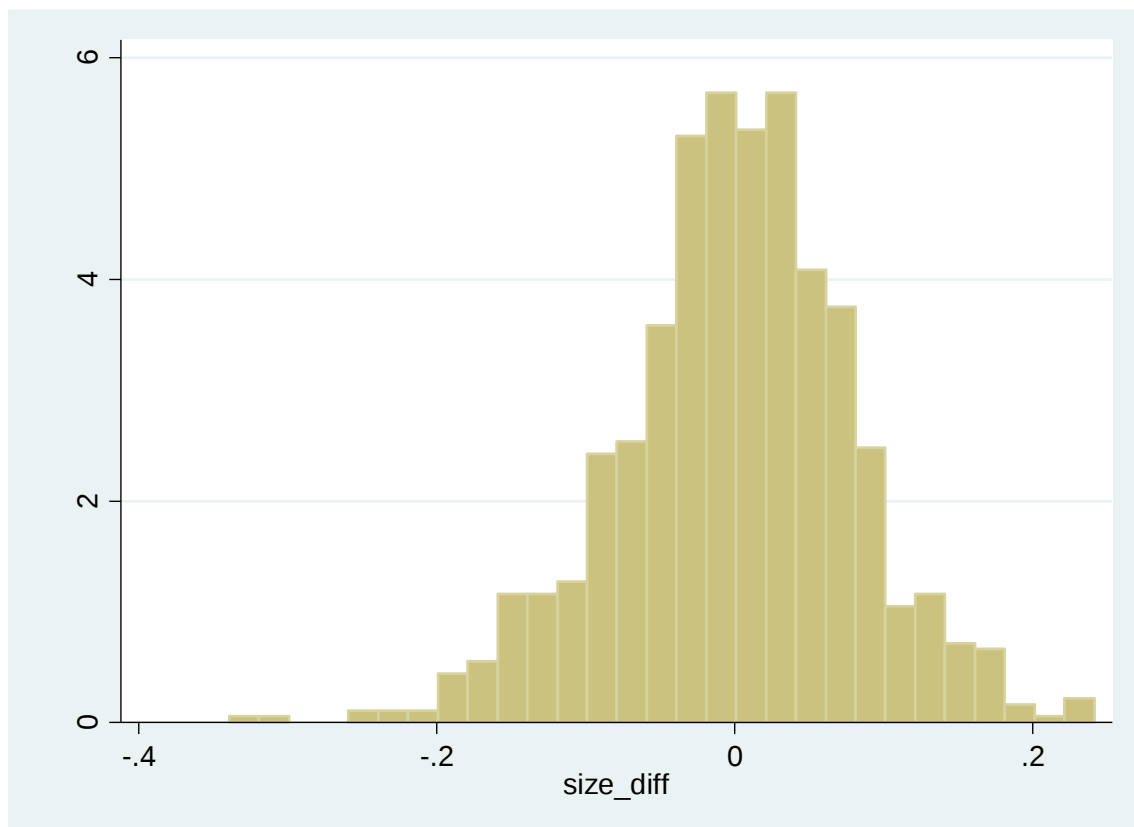


Abb. 1: Abweichungen von Gamson's law

Lesebeispiel: Ein Wert von -.2 bedeutet, dass eine Regierungspartei 20 % weniger Regierungsämter erlangt hat, als ihr proportional zu ihrem Sitzanteil in der Legislative vorhergesagt würde. Der Wert 0 bedeutet, dass die numerische Repräsentation im Parlament und der Anteil an Regierungsposten exakt übereinstimmen. Tatsächlich zeigt die Grafik, dass zahlreiche Beobachtungen Werte nahe 0 annehmen. Dennoch gibt es teilweise beachtliche Abweichungen, wofür es angebracht erscheint, nach Begründungen zu suchen.

Zu Beginn wird überprüft, ob Gamson's law sich auch am in der Arbeit verwendeten Datensatz ablesen lässt. Erwartungsgemäß ist dies der Fall und die Daten liefern hierfür starke statistische Evidenz, wobei auf der x-Achse der Sitzanteil in der Legislative, auf der y-Achse der Anteil an Regierungsämtern ersichtlich ist:

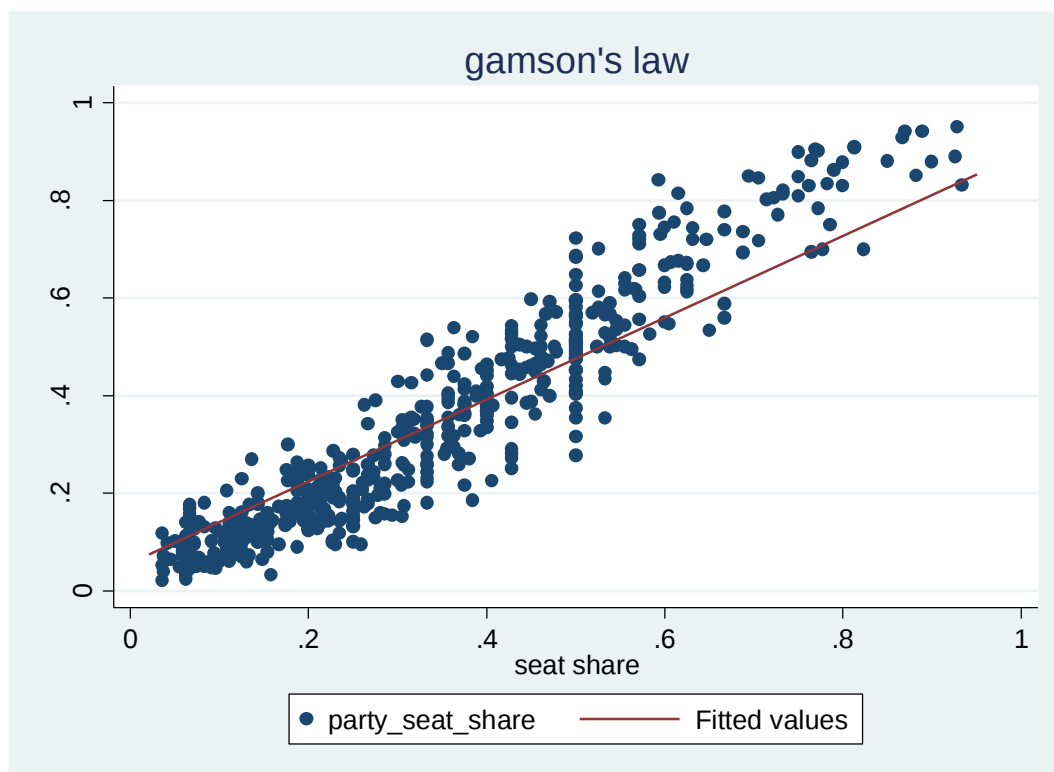


Abb. 2: Gamson's law

Die Kennziffer „Adjusted R²“ liegt bei 0,89, somit werden nahezu neun Zehntel der Varianz erklärt. Die Regressionsgleichung ist nahezu ident mit jener von z.B. Browne/Franklin (1973):

$$y = 1,08 * x - 0,03$$

Die Pearson-Korrelation der beiden Variablen beträgt 0,95 auf dem 0,01-Signifikanzniveau. Auf demselben Signifikanzniveau erhält man einen Wert von 0,17 (also eher schwacher Zusammenhang) zwischen den Variablen „Änderung der Stimmenanteile“ und „Anteil an Portfolios“.

Eine Regressionsanalyse zur Erklärung des Anteils an Kabinettsitzen einer Partei durch Stimmanteilsänderungen ergibt ein R^2 von 0,03, also erklären die Stimmenanteilsänderungen 3 % der Variation. Dies ist einerseits ein relativ geringer Wert, andererseits ist der niedrige Wert wenig überraschend, wenn man bedenkt, wie viel der Varianz die Parteigröße (ausgedrückt in Parlamentsmandaten) schon erklärt.

Die Regressionsgleichung hierfür lautet:

$$y = 0,49 * x + 0,34$$

Eine visuelle Analyse zeigt, dass die Werte sehr stark streuen und daher aussagekräftige Erkenntnisse erschwert werden könnten (*zu den statistischen Tests siehe Kapitel 8*):

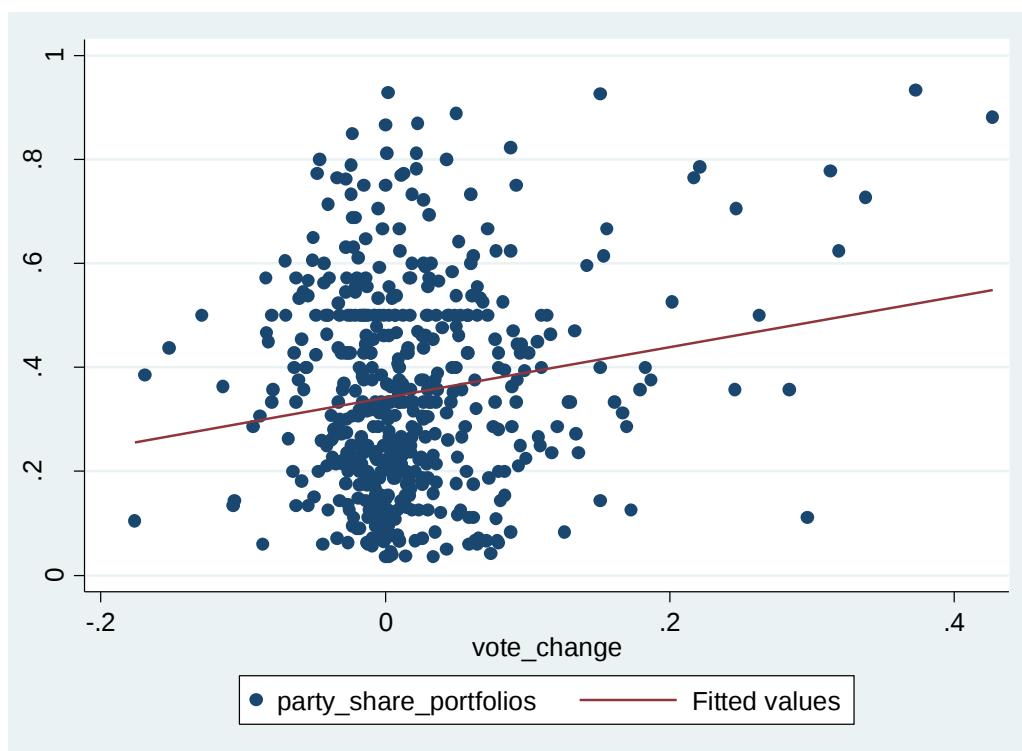


Abb. 3: Streudiagramm Stimmanteilsänderungen/Kabinettsposten

8. Statistische Tests

8.1 Erklärung der Labels in den Regressionstabellen

Die folgende Tabelle erklärt die verwendeten Variablen, chronologisch sortiert nach dem Zeitpunkt ihres erstmaligen Auftretens in den Analysen:

Label	Bedeutung
Abweichung	beschreibt die Abweichung von Gamson's law, also ob eine Partei mehr oder weniger Regierungsportfolios bekommen hat, als ihr proportional zustünden. Bringt eine Partei beispielsweise 43 % der Parlamentssitze in eine Koalition ein, erhält aber 50 % der Regierungsportfolios, so liegt eine quantitative Überkompensation dieser Partei vor.
relative Änderung	beschreibt die Änderung des Stimmenanteils einer Partei im Verhältnis zur vorhergegangenen Wahl unter Berücksichtigung der Änderungen bei den Koalitionspartnern. Diese Variable trägt der Tatsache Rechnung, dass es sich bei der quantitativen Allokation grundsätzlich um ein Nullsummenspiel handelt. Beispiel: Hält etwa eine Partei A ihren Stimmenanteil zur vorherigen Wahl, sind Unterschiede zu erwarten, je nachdem, ob diese Partei A in weiterer Folge entweder mit einer Partei B, die starke Gewinne erzielt hat, oder aber mit einer Partei C, die starke Verluste verzeichnet hat, eine Koalition bildet.
Wahlsieger	bezeichnet die stimmenstärkste Partei nach einer Wahl
Medianpartei	bezeichnet die Medianpartei nach einer Wahl
normierte Salienz	beschreibt die Salienz der erhaltenen Portfolios je Partei, normiert für die jeweiligen Kabinette. Es handelt sich um eine Kennziffer zur Analyse der qualitativen Allokation. Zu beachten ist hier, dass die qualitative Allokation kein Nullsummenspiel darstellt.

Tabelle II: Erklärung der Labels (Regressionstabellen)

Sitzanteil	beschreibt den Anteil einer Partei an Sitzen in der jeweiligen Legislative
Portfolioanteil	beschreibt den Anteil einer Partei an Portfolios in der jeweiligen Regierung
absolute Änderung	beschreibt die Änderung des Stimmenanteils einer Partei im Vergleich zur vorhergegangenen Wahl, ohne dies im Verhältnis zu den Koalitionspartnern zu betrachten

Tabelle II (Forts.): Erklärung der Labels (Regressionstabellen)

Anmerkung zu den folgenden Kapiteln: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurden die Regressionstabellen mit einer eigenen Nummerierung (mit arabischen Ziffern) versehen.

8.2 Tests zu Hypothese 1)

Zu Beginn soll die Hypothese 1 zu quantitativer Allokation getestet werden, und zwar in einem ersten Schritt für den gesamten Datensatz (also West- und Osteuropa). Dazu werden zunächst drei bivariate Regressionsmodelle berechnet (Tabelle 1), um den Einfluss der jeweiligen Variablen auf die Abweichung von Gamson's law zu untersuchen. Es handelt sich dabei in der Reihenfolge der Analysen um folgende Faktoren: die koalitionsspezifischen Stimmenanteilsänderungen, den Status als Wahlsieger (stimmenstärkste Partei) sowie um den Status als Medianpartei. Erwartet wird ein positiver Einfluss von Stimmengewinnen und Medianpartei, dass sich also Stimmengewinne positiv (im Sinne einer relativen Überkompensation an Portfolios) auswirken, der Status als stimmenstärkste Partei hingegen negativ. Es ergeben sich folgende Resultate:

Tabelle 1: quantitative Allokation (bivariat)

	(1) Abweichung	(2) Abweichung	(3) Abweichung
relative Änderung	-0.1059378 (-1.25)		
Wahlsieger		-0.0639464*** (-7.07)	
Medianpartei			-0.0143852 (-1.55)
Konstante	-0.0005548 (-1.80)	0.0157503*** (6.19)	0.0031991 (1.30)
<i>N</i>	502	502	502

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die bivariaten Analysen in Tabelle 1 zeigen, dass von den untersuchten Variablen lediglich der Status als stimmenstärkste Partei einen statistisch signifikanten Einfluss ausübt, und zwar wie erwartet in negativer Hinsicht, da bekanntlich größere Parteien tendenziell unterkompensiert werden. Die beiden anderen Variablen weisen überraschend ebenfalls ein negatives Vorzeichen auf, was die theoretischen Annahmen, wonach Stimmengewinne zu vorteilhafteren Verhandlungsergebnissen führen würden, nicht untermauert. Diese Ergebnisse sind jedoch mit großer Vorsicht zu interpretieren, da die Effekte nicht signifikant von Null verschieden

sind; es ist daher von einem Nulleffekt auszugehen. Das multivariate Modell (4) in Tabelle 2 mit allen drei Variablen verfestigt dieses Bild:

Tabelle 2: quantitative Allokation (multivariat)

	(4) Abweichung
relative Änderung	-0.042438 (-0.52)
Wahlsieger	-0.0635647*** (-6.72)
Medianpartei	0.0010819 (0.12)
Konstante	0.0153706*** (5.17)
<i>N</i>	502

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Auch in Modell (4) zeigt sich lediglich für die Wahlsieger-Partei ein signifikanter Effekt, der das bekannte Phänomen der Unterkompensation größerer Parteien bestätigt. Für die Stimmenanteilsänderungen sowie für die Medianpartei kann ein solcher Effekt hingegen nicht festgestellt werden. Es gibt lediglich Hinweise darauf, dass sich der Status als Medianpartei minimal positiv auswirken könnte, Stimmengewinne dagegen negativ, wobei dieser Effekt mit einem Wert von $-0,04$ ebenfalls gering ist. Wieder muss allerdings betont werden, dass für beide Variablen keine signifikanten Resultate erzielt werden. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Hypothese 1 zu verwerfen ist: relative Stimmengewinne bzw. -verluste haben keinen signifikanten Einfluss auf den Anteil der Ministerien, die Parteien lukrieren können.

8.3 Tests zu Hypothese 2)

Im folgenden Kapitel wird die Hypothese zu qualitativer Allokation getestet. Als abhängige Variable dient in diesen Fällen die normierte Salienz. In zunächst drei bivariaten Analysen (Tabelle 3) werden wiederum die koalitionsspezifischen Stimmenanteilsänderungen sowie Status als Wahlsieger bzw. Medianpartei berechnet. Zu erwarten sind in diesem Fall positive Effekte aller drei Variablen, d.h. Parteien sollten mehr Einfluss auf für sie wichtige *policy*-Bereiche bekommen, wenn sie – relativ zu den Koalitionspartnern – Stimmenzugewinne verzeichnen [Modell (1)], stimmenstärkste Partei [Modell (2)] oder Medianpartei sind [Modell (3)]. Der Unterschied in der Erwartung bei der Wahlsieger-Partei ergibt sich daraus, dass jene bekanntlich quantitativ etwas unterkompensiert werden (vgl. Kapitel 8.2); dafür ist im Gegenzug eine qualitative Überkompensation zu erwarten, da größeren Parteien auch ein größeres Potenzial zum „Rosinenpicken“ zugeschrieben wird:

Tabelle 3: qualitative Allokation (bivariat)

	(1) normierte Salienz	(2) normierte Salienz	(3) normierte Salienz
relative Änderung	0.7389928** (3.30)		
Wahlsieger		0.2747665*** (13.21)	
Medianpartei			0.14118194*** (5.62)
Konstante	0.3698675*** (37.68)	0.29966*** (29.72)	0.3328436*** (29.30)
<i>N</i>	502	502	502

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Tatsächlich scheinen sich diese Erwartungen anhand der bivariaten Analysen zunächst zu bestätigen. Alle drei getesteten Variablen bewegen sich zumindest auf dem 0,01-Signifikanzniveau, weisen positive Koeffizienten auf und scheinen daher die qualitativen *payoffs* von Parteien, die an Wählerstimmen gewinnen bzw. den ersten Platz erringen bzw. die Medianpartei sind, zu steigern.

In Tabelle 4 folgen zwei multivariate Modelle. In Modell (4) werden die drei in den bivariaten Auswertungen verwendeten Variablen gemeinsam gerechnet, in Modell (5) wird zusätzlich für die Parteigröße kontrolliert. Erwartbar ist, dass die Parteigröße auch einen starken Einfluss auf die qualitative Allokation ausübt:

Tabelle 4: qualitative Allokation (multivariat)

	(4) normierte Salienz	(5) normierte Salienz
relative Änderung	0.5002124** (2.82)	-0.0585654 (-0.42)
Wahlsieger	0.2469401*** (12.62)	-0.0104259 (-0.54)
Medianpartei	0.0823171*** (3.93)	0.0251427 (1.62)
Sitzanteil		0.7931469*** (20.70)
Konstante	0.2851267*** (25.47)	0.0862395*** (7.50)
<i>N</i>	502	502

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Während sich in Modell (4) die Ergebnisse der bivariaten Analysen zunächst zu bestätigen scheinen, verschwinden deren Effekte völlig, wenn auch der Einfluss der Parteigröße berücksichtigt wird. Diese Variable bleibt im Modell als einzige statistisch signifikante Größe übrig. Ein unabhängiger Einfluss der Stimmenanteilsänderungen lässt sich somit weder für die quantitative noch für die qualitative Allokation feststellen. Auffallend ist, dass der Parteigröße auch hinsichtlich der qualitativen Allokation eine überragende Bedeutung zukommt, während dieses Phänomen in quantitativer Hinsicht ohnehin seit Langem empirisch gut belegt ist (Gamson's law). Somit deuten die Tests darauf hin, auch Hypothese 2 zu verwerfen: Ein Einfluss von Stimmengewinnen (im Verhältnis zu Koalitionspartnern) auf die qualitative Allokation ist nicht statistisch signifikant nachweisbar; auch für Medianparteien sowie Wahlsieger lassen sich keine größeren *policy payoffs* belegen.

8.4 Tests zu Hypothese 3)

8.4.1 Quantitative Allokation in Westeuropa

Während die hypothetische große Bedeutung der Performance von Parteien bei Wahlen über Gesamteuropa hinweg in den bisherigen Analysen nicht untermauert werden konnte, wird als Nächstes betrachtet, ob sich westeuropäische Staaten in dieser Hinsicht von osteuropäischen unterscheiden. Aus der Literatur wurde ja die Hypothese abgeleitet, dass die Wahlperformance in Osteuropa eine größere Rolle spielen würde. Es werden zu Beginn die drei bereits von oben bekannten bivariaten Analysen für die quantitative Allokation (also: Abweichung von Gamson's law) berechnet, zunächst für **Westeuropa**. Diese Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle 5 dargestellt; die entsprechenden Ergebnisse für Osteuropa sind in Tabelle 7 (S. 45) zu finden. Zu erwarten sind ähnliche Ergebnisse wie zuvor für Gesamteuropa:

Tabelle 5: quantitative Allokation in Westeuropa (bivariat)

	(1) Abweichung	(2) Abweichung	(3) Abweichung
relative Änderung	-0.3070452 (-1.93)		
Wahlsieger		-0.0786056*** (-8.15)	
Medianpartei			-0.0159868 (-1.48)
Konstante	-0.0005282 (-1.49)	0.0211561*** (6.46)	0.0038395 (1.28)
<i>N</i>	377	377	377

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Tatsächlich entsprechen diese Resultate den Erwartungen aufgrund der zuvor getätigten Analysen. Einzig der Status als stimmenstärkste Partei verfügt demnach über einen statistisch signifikanten Einfluss, und zwar derart, dass größere Parteien quantitativ im Verhältnis unterkompensiert werden. Erneut sind weder für Medianparteien noch für Parteien mit Zugewin-

nen an Wählerstimmen signifikante Ergebnisse zu erzielen. In Tabelle 6 folgt ein multivariates Modell (4) mit allen drei Variablen:

Tabelle 6: quantitative Allokation in Westeuropa (multivariat)

	(4) Abweichung
relative Änderung	-0.2821906* (-2.22)
Wahlsieger	-0.073993*** (-7.95)
Medianpartei	0.0015074 (0.16)
Konstante	0.0206873*** (5.78)
<i>N</i>	377

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

In diesem Gesamtmodell zeigt sich ein etwas überraschendes Bild. Der statistisch nicht signifikante Einfluss der Medianpartei sowie die Unterkompensation von größeren Parteien sind durchaus zu erwarten. Dies gilt allerdings nicht für den statistisch nachweisbaren Effekt (auf dem 0,05-Signifikanzniveau) der Stimmenanteilsänderungen. Entgegen den Vorannahmen ist der Koeffizient negativ, was bedeutet, dass sich in westeuropäischen Staaten Stimmengewinne tendenziell negativ auf die quantitativen *payoffs* von Parteien auswirken (*anders als in Osteuropa; siehe Kapitel 8.4.2*).

Wie ist dieser Effekt erklärbar? Eine Erklärung können bestimmte Charakteristika der Parteiensysteme in Westeuropa bieten. Auch wenn diese im Allgemeinen als relativ stabil gelten, so laufen doch bereits seit mehreren Jahrzehnten Prozesse ab, die diese Stabilität teilweise in Frage stellen. Von einer „Erosion“ von Parteiensystemen oder einer fortschreitenden Fragmentierung ist immer wieder die Rede, dazu kommen eine verstärkte Volatilität von Wahlergebnissen und das Aufkommen neuer Parteien (vgl. z.B. Niedermayer et al. 2006). So lässt sich etwa bei ehemaligen Großparteien ein kontinuierlicher Rückgang der Wahlergebnisse beobachten (z.B. in Deutschland, Österreich). Davon profitieren beispielsweise Grünparteien (z.B. mit einer Regierungsbeteiligung in Österreich im Jahr 2020) oder Rechtsparteien – teil-

weise in rechtspopulistischer bis rechtsextremer Ausprägung –über ganz Westeuropa hinweg (Spanien, Italien, Skandinavien etc.).

Kommt es nun zu Situationen, in denen neue Parteien entweder aufgrund

- **guter Wahlergebnisse** oder
- **„realpolitischer“ Gegebenheiten** (wie z.B. die österreichischen Grünen, die nach der Wahl 2019 de facto der einzige mögliche Koalitionspartner der Wahlsieger-Partei ÖVP waren)

die Chance auf Regierungsbeteiligung bekommen, sehen sich diese Parteien Nachteilen gegenüber etablierten Parteien ausgesetzt. Zu nennen sind etwa mangelnde Verhandlungs- und Regierungserfahrung oder begrenzte Ressourcen, beispielsweise an Expertise oder personeller Natur. Diese Faktoren können trotz eventueller Stimmengewinne letztlich zu mäßig erfolgreichen Verhandlungsergebnissen, sprich einer quantitativen Unterkompensation, führen.

Der soeben geschilderte Erklärungsansatz bedarf aber in jedem Fall einer weiterführenden Forschungstätigkeit. Es folgt ein vergleichender Blick auf Osteuropa, um die präsentierten Ergebnisse aussagekräftiger einordnen zu können.

8.4.2 Quantitative Allokation in Osteuropa

Auch für Osteuropa wird die Abweichung von Gamson's law zunächst in Tabelle 7 anhand dreier Variablen einer bivariaten Auswertung unterzogen. Es handelt sich wiederum um die koalitionsspezifischen Stimmenanteilsänderungen sowie den Status als stimmenstärkste Partei bzw. als Medianpartei. Da die Performance bei Wahlen in Osteuropa als aussagekräftiger gilt als in Westeuropa, ist zu erwarten, dass sich Stimmengewinne hier deutlicher positiv auswirken:

Tabelle 7: quantitative Allokation in Osteuropa (bivariat)

	(1) Abweichung	(2) Abweichung	(3) Abweichung
relative Änderung	0.0161443 (0.19)		
Wahlsieger		-0.009237 (-0.42)	
Medianpartei			-0.0090404 (-0.49)
Konstante	-0.0006349 (-0.99)	0.0011386 (0.27)	0.0013901 (0.33)
<i>N</i>	125	125	125

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die geschilderten Erwartungen scheinen sich auf den ersten Blick zu bestätigen. Eine Unterkompensation größerer Parteien lässt sich – in geringem Ausmaß – feststellen: Wahlsieger werden quantitativ um rund einen Prozentpunkt unterkompensiert. Dafür ist eine tendenziell positive Auswirkung von Stimmengewinnen erkennbar. Jedoch ist keine einzige der drei getesteten Variablen statistisch signifikant und erlaubt somit keine Rückschlüsse auf die jeweils tatsächlich gegebenen Effekte. In einem multivariaten Modell (Tabelle 8) zeigen sich folgende Ergebnisse:

Tabelle 8: quantitative Allokation in Osteuropa (multivariat)

	(4) Abweichung
relative Änderung	0.0376766 (0.43)
Wahlsieger	-0.0101488 (-0.42)
Medianpartei	-0.0086326 (-0.43)
Konstante	0.0032473 (0.71)
<i>N</i>	125

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Das Bild bleibt im Wesentlichen unverändert. Zwar erwecken die Zahlen den Anschein, als sei der Einfluss von Stimmenanteilsänderungen in osteuropäischen Staaten tatsächlich größer als in westeuropäischen (und zwar auch derart, dass sich Stimmengewinne positiv auswirken), allerdings ist dies nicht statistisch signifikant belegbar. Somit lässt sich als kurzes Zwischenfazit ziehen, dass ein unabhängiger Einfluss von Stimmenanteilsänderungen weder für Gesamteuropa noch getrennt nach West- bzw. Osteuropa bestätigt werden kann. Stimmengewinne bedeuten demnach nicht notwendigerweise auch bessere Verhandlungsergebnisse in quantitativer Hinsicht, womit Hypothese 3.1 ebenfalls zu verwerfen ist.

8.4.3 Qualitative Allokation in Westeuropa

Nachdem die Hypothesen hinsichtlich quantitativer Allokation sich bisher nicht erhärten ließen, erfolgt nun ebenso eine regionsspezifische Betrachtung der qualitativen Allokation. Beginnend mit Westeuropa, werden in Tabelle 9 zunächst die drei bivariaten Modelle berechnet. Für jede dieser Variablen, insbesondere für die Wahlsieger-Partei, ist ein stark positiver Einfluss auf die qualitativen *payoffs* der Parteien zu erwarten:

Tabelle 9: qualitative Allokation in Westeuropa (bivariat)

	(1) normierte Salienz	(2) normierte Salienz	(3) normierte Salienz
relative Änderung	0.0007246 (0.00)		
Wahlsieger		0.2404547*** (10.63)	
Medianpartei			0.15479*** (5.95)
Konstante	0.3866367*** (32.88)	0.3203044*** (25.56)	0.3443466*** (25.04)
<i>N</i>	377	377	377

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die Erwartungen scheinen zunächst bestätigt, wobei sich für die Stimmengewinne wiederum kein statistisch signifikantes Resultat zeigt. Die bivariaten Analysen deuten jedoch darauf hin, dass sowohl Wahlsieger als auch Medianparteien ihre qualitativen *payoffs* steigern können. Die Medianpartei etwa könnte ihren Salienzwert im Vergleich zu Koalitionspartnern um rund 0,15 Punkte erhöhen, bei Wahlsiegern beläuft sich der Wert auf ca. 0,24 Punkte. In den folgenden Modellen (4) und (5) in Tabelle 10 werden multivariate Analyseergebnisse gezeigt. Im ersten Fall werden die drei Variablen gemeinsam berechnet, im zweiten Fall wird darüber hinaus für die Parteigröße kontrolliert, wobei auch hier ein starker Einfluss dieser Variablen zu erwarten ist:

Tabelle 10: qualitative Allokation in Westeuropa (multivariat)

	(4) normierte Salienz	(5) normierte Salienz
relative Änderung	0.0831418 (0.35)	-0.4792015* (-2.54)
Wahlsieger	0.2143779*** (10.00)	-0.0270308 (-1.27)
Medianpartei	0.0995894*** (4.35)	0.042432* (2.60)
Sitzanteil		0.7753693*** (18.80)
Konstante	0.3002892*** (21.31)	0.097378*** (7.25)
<i>N</i>	377	377

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

In Modell (4) bestätigen sich im Wesentlichen die Ergebnisse der bivariaten Analysen, wobei der Effekt von Medianparteien abnimmt, jener für Stimmenanteilsänderungen dagegen zunimmt – letzteres Resultat weist aber erneut keine statistische Signifikanz auf. Kontrolliert man in Modell (5) für die Parteigröße, ändert sich das Bild jedoch deutlich: Diese Variable hat, zudem auf sehr hohem Signifikanzniveau, den weitaus stärksten Effekt auf die qualitative Allokation in Westeuropa. Der Effekt von Wahlsiegern verschwindet, während entgegen den Erwartungen Parteien mit Stimmengewinnen qualitativ sogar relativ deutlich unterkompensiert werden, wobei das Ergebnis Signifikanz auf dem 0,05-Niveau aufweist.

Ein möglicher Erklärungsansatz für dieses Phänomen knüpft an die Diskussion in Kapitel 8.4.1 und die Veränderungen in westeuropäischen Parteiensystemen an. Grundsätzlich können die dort diskutierten Erklärungen auch hier ins Treffen geführt werden; zusätzlich gilt für die qualitative Allokation aber, dass gerade neuere Parteien oft sehr stark auf ein einziges bestimmtes Thema fokussieren, beispielsweise Grünparteien etwa auf Klima-/Umweltschutz, rechtspopulistische Parteien hingegen auf Migration. Es zeigt sich, dass solche Parteien in Koalitionsverhandlungen oftmals zu großen Zugeständnissen bereit sind, um zumindest ihr

Kernthema besetzen zu können. Dabei können häufig andere Themen, auf die die Partei Wert legt, auf der Strecke bleiben, was in Summe eine geringere Salienz ergeben kann.

Als beispielhafte Untermauerung für diesen Erklärungsansatz sei wieder auf die Grünen in Österreich und ihren Regierungseintritt 2020 verwiesen. Grüne Kernthemen (neben dem Umweltschutz) wie der Schutz von Minderheitenrechten oder Armutsbekämpfung wurden im Regierungsprogramm vernachlässigt, während die Verhandler versuchten, zumindest beim Klimaschutz große Erfolge zu erreichen: „Den Grünen ging es also darum, große Zugeständnisse beim Klimaschutz herauszuholen – beim Rest musste es reichen, das Schlimmste zu verhindern.“ (Schmid 2019). Dies kann einen Hinweis auf die Inkaufnahme von weitreichendem inhaltlichem Verzicht darstellen: In Verhandlungssituationen sehen sich Parteien offenbar oft zu Zugeständnissen bei wichtigen Nebenthemen gezwungen, um wenigstens das absolute Kernportfolio zugewiesen zu bekommen. Zu erwähnen bleibt, dass allerdings auch hier weitere Forschung vonnöten sein wird.

8.4.4 Qualitative Allokation in Osteuropa

Die zuvor für Westeuropa durchgeführten bivariaten Analysen werden nun auch vergleichend für die osteuropäischen Staaten berechnet (Tabelle 11). Erwartbar ist für Osteuropa jeweils wieder ein stärkerer Effekt als für Westeuropa, insbesondere für jene Parteien, die Stimmen hinzugewonnen haben:

Tabelle 11: qualitative Allokation in Osteuropa (bivariat)

	(1) normierte Salienz	(2) normierte Salienz	(3) normierte Salienz
relative Änderung	1.194823*** (3.93)		
Wahlsieger		0.0482357*** (8.10)	
Medianpartei			0.0849688 (1.29)
Konstante	0.3181362*** (20.35)	0.2427316*** (17.53)	0.2996663*** (15.43)
<i>N</i>	125	125	125

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Während sich für Medianparteien kein statistisch signifikanter Einfluss messen lässt, bestätigen die anderen beiden Variablen zunächst die Erwartungen. Sowohl der Status als Wahlsieger als auch Stimmengewinner wirken sich in osteuropäischen Staaten positiv auf die qualitative Allokation der jeweiligen Parteien aus. Jeder Stimmengewinn um einen Prozentpunkt im Verhältnis zu Koalitionspartnern würde nach Modell (1) die qualitativen *payoffs* in Osteuropa demnach um 1,19 Punkte erhöhen. Natürlich müssen auch diese Ergebnisse wiederum in multivariaten Analysen getestet werden; dies geschieht zunächst in einem Modell (4) dieser drei Variablen, in Modell (5) wird zusätzlich wieder für die Parteigröße kontrolliert (siehe Tabelle 12):

Tabelle 12: qualitative Allokation in Osteuropa (multivariat)

	(4) normierte Salienz	(5) normierte Salienz
relative Änderung	0.7040211** (2.87)	0.1746703 (1.00)
Wahlsieger	0.3432062*** (8.06)	0.0406918 (0.89)
Medianpartei	0.0053864 (0.12)	-0.0508673 (-1.53)
Sitzanteil		0.82526*** (10.37)
Konstante	0.2503014*** (14.36)	0.0689916** (3.37)
<i>N</i>	125	125

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Es zeigt sich ein ganz ähnliches Resultat wie zuvor bei den Ergebnissen für Westeuropa: Während Modell (4) im Wesentlichen noch die Erwartungen aufgrund der bivariaten Analysen bestätigt, verlieren die Effekte aller drei zuvor getesteten Variablen ihre statistische Signifikanz, wenn zusätzlich für die Parteigröße kontrolliert wird. In den osteuropäischen Staaten bleibt diese überhaupt als einzige statistisch signifikante Variable übrig. Es zeigt sich, dass die Stimmengewinne bzw. -verluste keinen unabhängigen Effekt auf die qualitative Allokation in Osteuropa ausüben (auch wenn es Hinweise gibt, dass Stimmengewinner hinsichtlich qualitativer *payoffs* profitieren), während in Westeuropa tendenziell sogar nachteilige Auswirkungen von Stimmenzuwachsen zu beobachten sind. Hypothese 3.2 ist demnach ebenso zu verwerfen.

9. Alternative Messung und Modellierung

In diesem Kapitel soll untersucht werden, ob die Ergebnisse der bisherigen Analyse von der Messung der abhängigen bzw. unabhängigen Variablen abhängen. Dazu werden die entsprechenden Modelle adaptiert und alternativ gemessen, um die Robustheit der zuvor gezeigten Ergebnisse zu überprüfen.

9.1 Multikollinearität

Die bisher gezeigten Ergebnisse, die allesamt sehr ähnlich sind, auch wenn unterschiedliche Phänomene behandelt werden, legen die Vermutung nahe, dass Multikollinearität vorliegen könnte, dass also die unabhängigen Variablen zu stark korrelieren. Um dieses mögliche Problem auszuschließen, wurden zunächst die Korrelationen der verwendeten Variablen (am Beispiel der normierten Salienz) berechnet:

	normierte Salienz	Sitzanteil	relative Änderung	Wahlsieger	Medianpartei
normierte Salienz	1.000				
Sitzanteil	0.8106	1.000			
relative Änderung	0.1792	0.2412	1.000		
Wahlsieger	0.5386	0.6745	0.1219	1.000	
Medianpartei	0.2801	0.2893	-0.0070	0.2445	1.000

Tabelle III: Korrelation div. Variablen

Erwartungsgemäß korrelieren Sitzanteil und normierte Salienz sehr stark, was erneut bestätigt, dass große Parteien eher jene Ministerien erhalten, die zu ihren inhaltlichen Schwerpunkten passen. Dasselbe gilt, wenn auch in geringerem Ausmaß, für Wahlsieger-Parteien im Allgemeinen. Ansonsten zeigen sich zwischen den Variablen keine auffallend starken Korrelationen. Zur Überprüfung dieses Resultats wird in den Tabellen 13 und IV zusätzlich der Variance Inflation Factor (VIF) am Beispiel der normierten Salienz berechnet, wobei sich die Werte des VIF aus der zuvor durchgeführten Regressionsanalyse ergeben:

Tabelle 13: Berechnung VIF

	(1) normierte Salienz
Sitzanteil	0.7931469*** (20.70)
relative Änderung	-0.0585654 (-0.42)
Wahlsieger	-0.0104259 (-0.54)
Medianpartei	0.0251427 (1.62)
Konstante	0.0862395*** (7.50)
<i>N</i>	502

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Variable	VIF	1/VIF
Sitzanteil	1.99	0.501308
relative Änderung	1.07	0.932907
Wahlsieger	1.85	0.540957
Medianpartei	1.10	0.906118
Mean VIF	1.50	

Tabelle IV: Variance Inflation Factor

Es gilt als schwierig, einen exakten Grenzwert festzulegen, ab wann der VIF zu groß ist und man von Multikollinearität sprechen müsste; üblicherweise wird aber ein Wert ab etwa 10 als zu hoch angesehen (vgl. Stocker o.J.: 11). Demzufolge ist im vorliegenden Fall nicht von einem Multikollinearitäts-Problem auszugehen.

Ein interessantes Bild zeigt sich, vergleicht man die Korrelationen in qualitativer Hinsicht (Tabelle V) und quantitativer Hinsicht (Tabelle VI):

	normierte Salienz	Sitzanteil	relative Änderung	Wahlsieger	Medianpartei
normierte Salienz	1.000				
Sitzanteil	0.8106	1.000			
relative Änderung	0.1792	0.2412	1.000		
Wahlsieger	0.5386	0.6745	0.1219	1.000	
Medianpartei	0.2801	0.2893	-0.0070	0.2445	1.000

Tabelle V: Korrelation div. Variablen

	Portfolioanteil	Sitzanteil	relative Änderung	Wahlsieger	Medianpartei
Portfolioanteil	1.000				
Sitzanteil	0.9475	1.000			
relative Änderung	0.2498	0.2444	1.000		
Wahlsieger	0.6296	0.6747	0.1236	1.000	
Medianpartei	0.3003	0.2913	-0.0050	0.2456	1.000

Tabelle VI: Korrelation div. Variablen

Es zeigt sich eine starke Korrelation zwischen den qualitativen *payoffs* (normierte Salienz) einer Partei und ihrem Sitzanteil in der Legislative, wobei jene zwischen dem Portfolioanteil und dem Sitzanteil noch stärker ist, was Gamson's law ja auch nahelegt. Die (koalitionsspezifischen) Stimmenanteilsänderungen korrelieren stärker mit dem Portfolioanteil als mit der Salienz-Variablen, der Einfluss der Stimmenanteilsänderung scheint also auf die quantitative Allokation etwas größeren Einfluss auszuüben.

Um nochmals auf die qualitative Allokation zurückzukommen: Die starke Korrelation der relativen Größe einer Partei mit den erhaltenen Portfolios (in inhaltlicher, nicht numerischer Sicht) deutet wiederum darauf hin, dass mit der Größe einer Partei auch die Möglichkeit zum „Rosinenpicken“ zunimmt. Über je mehr Sitze im Parlament eine Partei verfügt, desto eher wird sie auch ihre inhaltlich besonders wichtigen Ressorts bekommen.

9.2 Alternative Messung der abhängigen Variablen

Um die Robustheit der bisherigen Analysen zu testen, werden in diesem Kapitel verschiedene alternative Möglichkeiten der Messung unterschiedlicher Variablen durchgeführt. Zu Beginn werden alternative Berechnungen der abhängigen Variablen in quantitativer Hinsicht berechnet. Es wäre schließlich auch denkbar, nicht die *Abweichung* von Gamson's law, also die Proportionalität zwischen dem Sitzanteil in der Legislative und der entsprechenden Repräsentation in der Regierung, als abhängige Variable (AV) zu verwenden, sondern den Anteil an Regierungsämtern selbst, um anschließend für den Sitzanteil der jeweiligen Partei zu kontrollieren. Die folgenden bivariaten Modelle (Tabelle 14) geben demzufolge darüber Auskunft, wie die verwendeten Variablen den *Anteil* an Portfolios beeinflussen. Zu erwarten wäre ein positiver Effekt in allen drei Fällen:

Tabelle 14: quantitative Allokation, alternative AV (bivariat)

	(1) Portfolioanteil	(2) Portfolioanteil	(3) Portfolioanteil
relative Änderung	0.9299072*** (4.95)		
Wahlsieger		0.2901438*** (17.16)	
Medianpartei			0.1373486*** (6.24)
Konstante	0.3510179*** (36.70)	0.277037*** (30.27)	0.3151759*** (29.58)
<i>N</i>	502	502	502

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Diese Erwartung bestätigt sich auch zunächst. Besonders fällt der Einfluss der Stimmgewinne auf, insbesondere wenn man den zuvor gemessenen, sehr geringen (und dazu statistisch nicht signifikanten) Einfluss dieser Variable bedenkt. Anschließend werden in Tabelle 15 zwei multivariate Modelle berechnet. In Modell (4) werden die drei hier untersuchten Variablen gemeinsam verwendet, in Modell (5) wird zusätzlich für die Parteigröße kontrolliert. Die-

se Variable kann in diesem Fall verwendet werden, weil sie nicht – im Gegensatz zur Variablen „Abweichung“ – bereits Teil der abhängigen Variable ist. Zu erwarten ist ein sehr großer Effekt der Parteigröße:

Tabelle 15: quantitative Allokation, alternative AV (multivariat)

	(4) Portfolioanteil	(5) Portfolioanteil
relative Änderung	0.6718304*** (4.72)	0.0781991 (0.99)
Wahlsieger	0.2615481*** (16.14)	-0.0086545 (-0.86)
Medianpartei	0.0740132*** (4.40)	0.0133997 (1.55)
Sitzanteil		0.831104*** (44.41)
Konstante	0.2650141*** (26.87)	0.0575344*** (9.83)
N	502	502

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die Erwartung bestätigt sich auch; kontrolliert man für die Parteigröße, verlieren alle anderen Variablen ihre statistische Signifikanz. Dies ist auch kaum überraschend, bestätigt es doch bloß das empirisch bereits bisher so stark nachgewiesene Gamson's law. Ein signifikanter Einfluss der Stimmenanteilsänderungen lässt sich aber auch in einem derart gestalteten Modell nicht feststellen. Der Vollständigkeit halber werden die entsprechenden Modelle für West- bzw. Osteuropa auf der nächsten Seite in Tabelle 16 gezeigt, wobei Modell (6) Westeuropa repräsentiert, Modell (7) Osteuropa:

Tabelle 16: quantitative Allokation in Westeuropa, alternative AV (multivariat)

	(6) Portfolioanteil	(7) Portfolioanteil
relative Änderung	-0.1409462 (-1.31)	0.0989488 (1.04)
Wahlsieger	-0.0177644 (-1.79)	0.0245735 (0.76)
Medianpartei	0.0158637 (1.95)	-0.0019685 (-0.10)
Sitzanteil	0.8052496*** (43.02)	0.9057925*** (14.63)
Konstante	0.0716528*** (10.70)	0.0236193 (1.73)
<i>N</i>	377	125

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die bereits diskutierten Ergebnisse treffen sowohl auf West- [Modell (6)] als auch auf Osteuropa [Modell (7)] zu. In beiden Fällen verbleibt die Parteigröße als einzige statistisch signifikante Variable, wobei deren Einfluss in Osteuropa sogar noch größer ist. Interessant ist das unterschiedliche Vorzeichen bei den Koeffizienten für die Stimmenanteilsänderungen: Während dieser in Westeuropa negativ ist, zeigt sich in Osteuropa ein positiver Effekt. Allerdings sind beide Resultate statistisch nicht signifikant. Ein unabhängiger Effekt dieser Variable lässt sich also nicht feststellen, gleich ob die *Abweichung* von Gamson's law oder der *Portfolio-Anteil* als abhängige Variable verwendet wird.

9.3 Alternative Messung der unabhängigen Variablen

Auch die unabhängige Variable (UV) kann auf eine alternative Art und Weise gemessen werden, nämlich als Stimmengewinn bzw. -verlust *pro Partei*, nicht koalitionsspezifisch wie in den bisherigen Analysen. Die zugrunde liegende Überlegung hierfür lautet, dass die zuvor verwendete Variable dem Nullsummenspiel-Charakter bei der quantitativen Allokation Rechnung tragen sollte. Hingegen liegt bei der qualitativen Allokation keineswegs ein reines Nullsummenspiel vor und alle Koalitionspartner können – je nach Ressortverteilung – qualitativ über-, aber auch unterkompensiert werden. Es folgen in Tabelle 17 ein bivariates [Modell (1)] und zwei multivariate Modelle [(2) und (3)]; zunächst wird nur der Einfluss der Stimmenanteilsänderungen auf die qualitativen *payoffs* gemessen, in weiterer Folge werden dann auch Wahlsieger und Medianpartei berücksichtigt, bevor schließlich auch für die Parteigröße kontrolliert wird. Wiederum ist ein besonders starker Einfluss der zuletzt genannten Variablen zu erwarten:

Tabelle 17: qualitative Allokation, alternative UV

	(1) normierte Salienz	(2) normierte Salienz	(3) normierte Salienz
absolute Änderung	0.3685479* (2.18)	0.2593067* (2.11)	-0.0620916 (-0.69)
Wahlsieger		0.2517397*** (12.76)	-0.0105825 (-0.54)
Medianpartei		0.0813089*** (3.88)	0.0250891 (1.63)
Sitzanteil			0.7931562*** (20.94)
Konstante	0.3628891*** (34.28)	0.2792486*** (23.75)	0.0874779*** (7.45)
N	502	502	502

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Diese Erwartung bestätigt sich, da alle anderen Variablen über keine statistische Signifikanz mehr verfügen, sobald für die Parteigröße kontrolliert wird. Die Unterschiede zu den Resultaten mit der koalitionsspezifischen Wahlperformance sind marginal.

Schließlich werden in Tabelle 18 die Modelle auch noch für Westeuropa in Modell (4) und Osteuropa in Modell (5) berechnet. Basierend auf den bisherigen Erkenntnissen ist vor allem wiederum mit einer besonders entscheidenden Bedeutung der Parteigröße zu rechnen, wobei diese in den osteuropäischen Staaten noch größer als in den westeuropäischen sein dürfte:

Tabelle 18: qualitative Allokation, alternative UV (West- und Osteuropa)

	(4) normierte Salienz	(5) normierte Salienz
absolute Änderung	-0.3139034* (-2.47)	0.1384972 (1.14)
Wahlsieger	-0.0273735 (-1.30)	0.0387508 (0.87)
Medianpartei	0.0452123** (2.84)	-0.0504405 (-1.53)
Sitzanteil	0.7709368*** (18.65)	0.8307904*** (11.23)
Konstante	0.099922*** (7.34)	0.0589741** (3.00)
<i>N</i>	377	125

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Diese Erwartung bestätigt sich somit auch dann, wenn die Stimmenanteilsänderungen nicht koalitionsspezifisch berechnet werden. Die Parteigröße ist in Osteuropa überhaupt die einzige Variable, die statistisch signifikant ist; in Westeuropa zeigt dagegen auch die Medianpartei einen gewissen positiven Einfluss. Auf dem 0,05-Signifikanzniveau befinden sich – wie im Modell mit der koalitionsspezifischen Variablen – die Stimmengewinne bzw. -verluste, was den ursprünglich getroffenen Erwartungen doch widerspricht. In allen Modellen zeigt sich vor allem eines: die Parteigröße ist der bei Weitem wichtigste Erklärungsfaktor, was sowohl quantitative als auch qualitative Allokation betrifft. Die Stimmenanteilsänderungen dagegen weisen meist keinen statistisch signifikanten Effekt auf, lediglich für Westeuropa lassen sich geringe Effekte messen. Diese deuten aber auch nicht auf einen besonderen Vorteil für Parteien, die Stimmen gewinnen bzw. einen Nachteil für jene, die Stimmen verlieren, hin.

10. Fallstudie: Österreich

Im folgenden Abschnitt wird auf Österreich im Sinne einer Fallstudie fokussiert. Die bisher gewonnenen Ergebnisse werden vergleichend auf Österreich angewendet, um zu analysieren, ob sich allgemeine Gesetzmäßigkeiten auch für diesen konkreten Fall feststellen lassen oder ob sich nennenswerte Unterschiede zeigen. Wie etwa Lieberman (2005) argumentiert, ist eine Verknüpfung (*mixed methods*) von statistischen Analysen mit großen Fallzahlen sowie Fallstudien einzelner Beispiele sinnvoll, etwa um die Plausibilität statistischer Erkenntnisse zu untersuchen. Ziel ist es, „(...) to improve the quality of conceptualization and measurement, analysis of rival explanations, and overall confidence in the central findings of a study” (Lieberman 2005: 436). Vor allem der letztgenannte Punkt ist in der vorliegenden Arbeit entscheidend und es wird zu zeigen sein, bis zu welchem Grad sich gesamteuropäische Trends auf der österreichischen Ebene nachweisen lassen bzw. ob die Resultate im Falle Österreichs, wie es zu erwarten wäre, stärker anderen westeuropäischen als osteuropäischen Demokratien ähneln.

10.1 Gamson’s law in Österreich

Zunächst zur Österreich-spezifischen Berechnung von Gamson’s law:

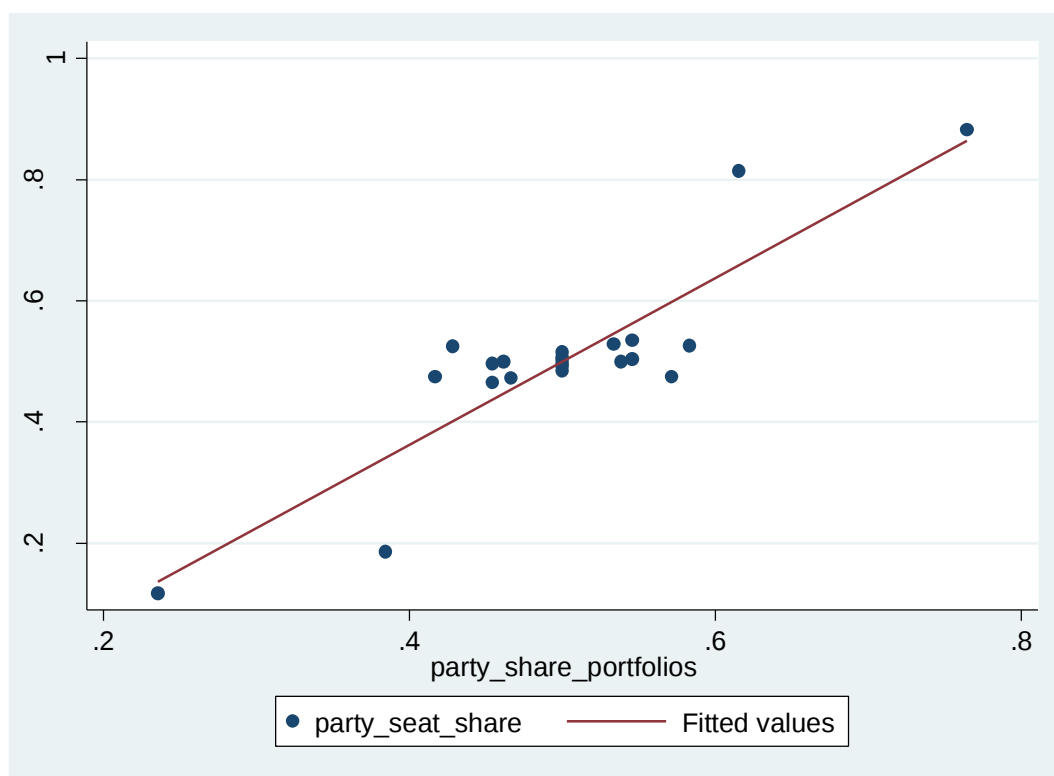


Abb. 4: Gamson’s law in Österreich

Tabelle 19 zeigt die speziell für Österreich durchgeführte Berechnung des Zusammenhangs zwischen dem Anteil an Sitzen im Nationalrat und dem Anteil an Portfolios in der Regierung:

Tabelle 19: Gamson's law (Österreich)

	(1) Portfolioanteil
Sitzanteil	0.565*** (4.81)
Konstante	0.218** (3.70)
<i>N</i>	22

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Auffallend ist, dass Gamson's law in Österreich weniger stark zum Tragen kommt als in anderen europäischen Staaten. Der Sitzanteil in der Legislative erklärt hier „nur“ rund 77 % der Variation des Portfolioanteils (Adjusted $R^2 = 0,7658$). Zwar ist dieser Wert für sozialwissenschaftliche Verhältnisse immer noch sehr hoch, allerdings werden in anderen Staaten Europas noch wesentlich höhere Werte erzielt, wobei sich teilweise mehr als 90 % der Variation mit Hilfe dieser einen Variablen erklären lassen. Eine potenzielle Erklärung hierfür ist die vergleichsweise nahezu einzigartige Tradition großer Koalitionen in Österreich. SPÖ und ÖVP achteten bei der numerischen Aufteilung der Ministerien – trotz teilweise durchaus beträchtlicher prozentueller Unterschiede in den Wahlergebnissen – üblicherweise auf eine relativ gleichmäßige Verteilung. In dem verhältnismäßig kleinen Sample ($N = 22$) wirken auch Ausreißer stärker auf die Ergebnisse ein. Zu nennen sind etwa die Regierung Sinowatz, in der die SPÖ fast acht Mal so viele Mandate in die Koalition einbrachte wie die FPÖ, allerdings „nur“ etwa vier Mal so viele Ressorts besetzen konnte (vgl. Parlament o.J.), oder das Kabinett Schüssel II (siehe Kapitel 10.4.1).

10.2 Quantitative Allokation in Österreich

Auch für Österreich wurden die Modelle gerechnet, in denen Einflussfaktoren für die quantitative Allokation untersucht werden. In Modell (1) wird die Abweichung von Gamson's law analysiert. Basierend auf den bisherigen Erkenntnissen ist eine Unterkompensation der größten Partei zu erwarten, außerdem ein positiver Effekt für die Medianpartei. Für relative Stimmenanteilsänderungen ist kein statistisch signifikanter Effekt zu erwarten. In Modell (2) wird hingegen der Portfolioanteil untersucht. Hier ist wieder mit einer überragenden Bedeutung der Parteigröße zu rechnen. Die Resultate präsentieren sich in Tabelle 20 wie folgt:

Tabelle 20: quantitative Allokation (Österreich, multivariat)

	(1) Abweichung	(2) Portfolioanteil
Sitzanteil		0.615*** (12.87)
Wahlsieger	-0.0279 (-0.70)	0.0196 (0.82)
Medianpartei	0.0421 (0.97)	0.0446 (1.28)
relative Änderung	-0.730 (-2.04)	-0.309 (-1.81)
Konstante	0.00311 (0.14)	0.174*** (7.47)
<i>N</i>	22	22

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Modell (1) entspricht im Wesentlichen den Erwartungen, wobei unbedingt darauf hinzuweisen ist, dass keine einzige Variable statistisch signifikante Resultate ergibt. Für Österreich kann somit weder bei Wahlsieger-Parteien noch bei Medianparteien und auch nicht bei Parteien, die Stimmen (im Verhältnis zum Koalitionspartner) hinzugewonnen haben, von statistisch signifikanten Effekten ausgegangen werden, wenn es darum geht, die Abweichung von Gamson's law zu erklären.

Modell (2) zeigt nur teilweise erwartbare Ergebnisse: Die Parteigröße, gemessen am Sitzanteil im Nationalrat, ist die einzige signifikante Variable, die darüber Aufschluss gibt, wie Regierungsämter quantitativ verteilt werden. Es gibt aber z.B. Hinweise, dass Wahlsieger-Parteien im Verhältnis zu Koalitionspartnern um ca. 2 Prozentpunkte überkompensiert werden (im Gegensatz zur sonst üblich Unterkompensation größerer Parteien) oder auch darauf, dass sich relative Stimmengewinne sogar negativ auf die quantitativen *payoffs* der entsprechenden Parteien auswirken; diese Ergebnisse sind aber, ebenso wie jene für die Medianparteien, nicht statistisch signifikant.

10.3 Qualitative Allokation in Österreich

In einem nächsten Schritt wurde analysiert, welche Aussagen sich zur Thematik der qualitativen Allokation in Österreich treffen lassen. Die Modelle in Tabelle 21 zeigen zwei multivariate Regressionsanalysen der normierten Salienz-Variable, wobei in Modell (1) mit den absoluten, in Modell (2) mit den relativen Stimmanteilsänderungen gerechnet wurde. Zu erwarten ist in beiden Fällen eine besonders große Bedeutung des Sitzanteils einer Partei, außerdem eine positive Auswirkung von Wahlsiegen sowie eine tendenziell negative Auswirkung von Stimmengewinnen:

Tabelle 21: qualitative Allokation (Österreich, multivariat)

	(1) normierte Salienz	(2) normierte Salienz
absolute Änderung	0.211 (0.88)	
Wahlsieger	-0.0819 (-1.49)	-0.0828 (-1.49)
Medianpartei	0.0729** (3.51)	0.0760* (3.07)
Sitzanteil	0.692*** (8.39)	0.706*** (8.87)
relative Änderung		0.149 (0.66)
Konstante	0.195*** (6.02)	0.184*** (7.23)
<i>N</i>	22	22

t statistics in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die Modelle in Tabelle 21 bestätigen die Erwartungen nur teilweise. Zunächst ist festzuhalten, dass die Robustheit der Ergebnisse nicht davon abhängt, ob mit der relativen oder der absoluten Stimmenanteilsänderung als unabhängiger Variable gerechnet wird: Die Unterschiede zwischen den beiden Varianten sind allenfalls marginal. Der Sitzanteil im Nationalrat erfüllt die Erwartungen und ist der bei weitem wichtigste Erklärungsfaktor für die qualitative

Allokation. Für die Wahlsieger-Partei ist kein signifikanter Einfluss festzustellen, dieser deutet entgegen den Erwartungen tendenziell jedoch darauf hin, dass die jeweils größte Partei eine qualitative Unterkompensation hinnehmen müsste. Ebenso unerwartet – allerdings ebenso nicht statistisch signifikant – gibt es Hinweise, dass sich Stimmengewinne in Österreich positiv auf die qualitative Allokation für diese Parteien auswirken können. Es ist aber insgesamt von einem Nulleffekt von Stimmenanteilsänderungen auch in Österreich auszugehen. Schließlich bleibt festzuhalten, dass für Medianparteien signifikante Resultate erzielt werden und diese in Österreich ihre qualitativen *payoffs* im Verhältnis zu anderen Parteien um rund 0,07 Punkte steigern können.

10.4 Fallstudien ausgewählter österreichischer Kabinette

In der politikwissenschaftlichen Forschung ist es durchaus üblich und sinnvoll, nicht nur statistische Gesetzmäßigkeiten, insbesondere etwa Kausalität, mit Hilfe großer Samples zu errechnen, sondern auch, diese anhand von Fallstudien zu testen. In einer Studie, die sich der Frage widmet, warum Gamson's law auch dann grundsätzlich nicht gebrochen wird, wenn eine der verhandelnden Parteien eine sehr viel größere Verhandlungsmacht besitzt als die andere(n) Partei(en) (vgl. Bäck et al. 2009), wird diskutiert, wie die zu betrachtenden Fälle auszuwählen seien. Es wird argumentiert, dass Fälle zu bevorzugen seien, die auf der Regressionslinie liegen bzw. sich sehr nahe an dieser bewegen, sofern man an der Herausarbeitung kausaler Mechanismen interessiert sei (vgl. Bäck et al. 2009: 18). Da in der vorliegenden Arbeit aber gerade versucht wird, die *Abweichung* von Gamson's law zu erforschen, liegt es nahe, auch einen Fall auszuwählen, der ein untypisches Bild zeigt.

Zum Zwecke einer noch genaueren Untersuchung werden im Folgenden zwei konkrete Kabinette betrachtet. Um eine geeignete Auswahl treffen zu können, wird zuerst ein Überblick über alle in Frage kommenden Regierungen gegeben. Die so genannte „Provisorische Staatsregierung“ von 1945 wird hierbei ebenso wenig berücksichtigt wie sämtliche Alleinregierungen (weil in dieser Arbeit ja lediglich Koalitionsregierungen behandelt werden) sowie alle Kabinette, die nicht nach Wahlen gebildet wurden. Die letzte berücksichtigte Wahl ist jene von 2013. Die Spalte „Jahr“ gibt darüber Auskunft, in welchem Jahr die entsprechende Nationalratswahl stattfand (kann vom Jahr der Regierungsangelobung abweichen!). „Kabinett“ benennt die jeweilige Regierung. „Partei 1“ bezeichnet stets jene Partei, die den Bundeskanzler stellte, „Partei 2“ den Juniorpartner in der Regierung. „Änderung 1“ und „Änderung 2“ stellen jeweils die Stimmanteilsänderungen gegenüber der vorherigen Nationalratswahl dar. Die Änderungen der jeweiligen Wahlergebnisse sind auf eine Nachkommastelle genau gerundet. Die im Folgenden bearbeiteten Fälle sind hervorgehoben.

Tabelle VII zeigt zunächst die entsprechenden österreichischen Kabinette von 1949 bis 2013:

Jahr	Kabinett	Partei 1	Änderung 1	Partei 2	Änderung 2
1949	Figl II	ÖVP	-5,8	SPÖ	-5,9
1953	Raab I	ÖVP	-2,8	SPÖ	+3,4
1956	Raab II	ÖVP	+4,7	SPÖ	+0,9
1959	Raab III	ÖVP	-1,8	SPÖ	+1,7
1962	Gorbach II	ÖVP	+1,2	SPÖ	-0,8
1983	Sinowatz	SPÖ	-3,4	ÖVP	+1,3
1986	Vranitzky II	SPÖ	-4,5	ÖVP	-1,9
1990	Vranitzky III	SPÖ	-0,3	ÖVP	-9,2
1994	Vranitzky IV	SPÖ	-7,9	ÖVP	-4,4
1995	Vranitzky V	SPÖ	+3,1	ÖVP	+0,6
1999	Schüssel I	ÖVP	-1,4	FPÖ	+5,0
2002	Schüssel II	ÖVP	+15,4	FPÖ	-16,9
2006	Gusenbauer	SPÖ	-1,2	ÖVP	-8,0
2008	Faymann I	SPÖ	-6,1	ÖVP	-8,4
2013	Faymann II	SPÖ	-2,4	ÖVP	-2,0

Tabelle VII: Kabinette Österreich 1949 – 2013 (vgl. Bundesministerium für Inneres o.J.)

Warum also die Auswahl dieser beiden Fälle? Zur Demonstration zunächst nochmals die Gamson's-law-Grafik für Österreich:

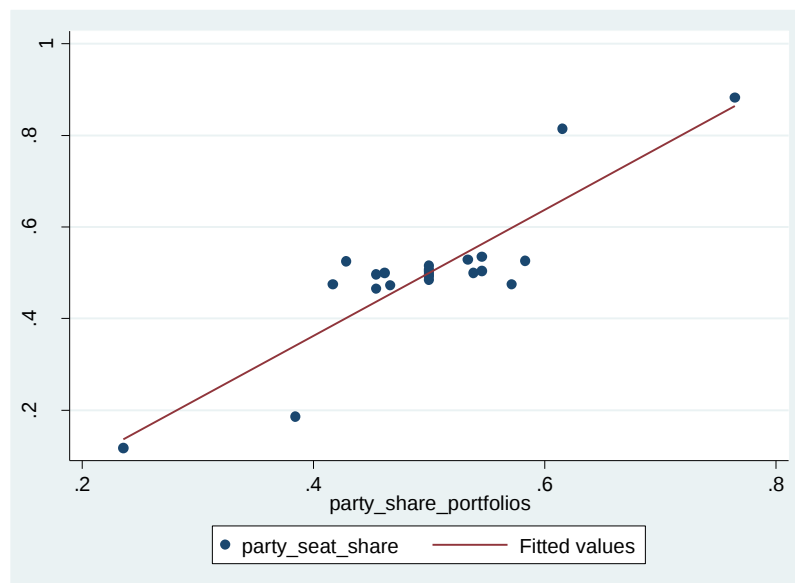


Abb. 5: Gamson's law in Österreich

Da ja die Abweichung – und deren möglicher Zusammenhang mit Stimmengewinnen bzw. -verlusten – untersucht werden soll, fällt die Wahl auf einen stark abweichenden Fall (Kabinett Schüssel II). In der Grafik sind die beiden Regierungsparteien dieses Kabinetts jene beiden Punkte, die am weitesten von der Regressionslinie entfernt liegen. Das zweite ausgewählte Kabinett (Gusenbauer) liegt hingegen äußerst nahe an der Regressionslinie, und das obwohl diese Regierung aus einer Partei bestand, die moderat verloren und einer anderen Partei, die sehr stark verloren hatte. Dennoch zeigt sich eine starke Proportionalität zwischen Nationalratsmandaten und Regierungsportfolios. Ein weiterer Vorteil dieser beiden Kabinette: Sie liegen in der jüngeren Vergangenheit, daher ist die mediale Dokumentation des Regierungsbildungsprozesses etc. sehr gut und umfangreich zugänglich. In weiterer Folge soll daher mit Hilfe von Medienberichten versucht werden, mögliche Gründe dafür herauszuarbeiten, warum in diesen beiden Fällen sehr starke Zugewinne bzw. verhältnismäßig geringe Verluste nicht in bessere Verhandlungserfolge umgesetzt werden konnten.

10.4.1 Beispiel 1: Kabinett Schüssel II

In der vorangegangenen Wahl hatte die ÖVP als stimmenstärkste Partei 42,3 % der Stimmen erhalten, was einem Gewinn von 15,4 % entspricht; die FPÖ konnte hingegen mit einem Stimmanteil von 10,0 % den dritten Platz erreichen, wobei ein Verlust von 16,9 % zu verzeichnen war (vgl. Bundesministerium für Inneres o.J.). Die Bundesregierung Schüssel II setzte sich folgendermaßen zusammen (ohne Berücksichtigung der Staatssekretariate, die nicht im Ministeriumsrank stehen; zudem bleiben eventuelle spätere Regierungsumbildungen unberücksichtigt, die Bezeichnungen entsprechen der offiziellen Systematik):

ÖVP	FPÖ
Bundeskanzler	Vizekanzler
auswärtige Angelegenheiten	Justiz
Bildung, Wissenschaft und Kultur	soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Finanzen	Verkehr, Innovation und Technologie
Gesundheit und Frauen	
Inneres	
Landesverteidigung	
Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Wasserwirtschaft	
Wirtschaft und Arbeit	

Tabelle VIII: Kabinett Schüssel II [Quelle: Parlament (o.J.)]

10.4.1.1 Quantitative Allokation bei Schüssel II

Zunächst zu einer rein quantitativen Betrachtung: Die ÖVP brachte 79 Parlamentsmandate in die Regierung ein, die FPÖ 18 (vgl. Bundesministerium für Inneres o.J.). Das bedeutet, die Volkspartei trug 81,4 % der Repräsentation dieser Koalition im Nationalrat bei, die FPÖ die restlichen 18,6 %. Bei den Kabinettsposten hingegen erhielt die ÖVP neun von 13 Sitzen, was 69,2 % entspricht; die FPÖ wurde also, verglichen mit dem Stimmenanteil, deutlich überkompensiert, und zwar stärker als dies empirisch dem Regelfall (Überkompensation kleinerer Parteien) entspricht (hier 30,8 % der Portfolios).

10.4.1.2 qualitative Allokation bei Schüssel II

Betrachtet man hingegen die qualitative Allokation dieser Koalition, so wird deutlich, dass sich der klare Wahlgewinner ÖVP stark durchsetzen konnte. An traditionell als sehr wichtig eingeschätzten Ressorts konnte die Partei allen voran das Bundeskanzleramt für sich beanspruchen; dazu kamen Schlüsselministerien wie das Finanzressort, beide „Sicherheitsressorts“ (Inneres und Landesverteidigung) und das Außenministerium. In den Händen der Volkspartei lagen darüber hinaus die für diese Partei sehr wichtigen Ressorts Landwirtschaft und Wirtschaft (inklusive der Arbeitsagenden).

Neben dem Posten des Vizekanzlers blieben der kleineren Partei dieser Koalition (FPÖ) eher weniger prestigeträchtige Ressorts wie Justiz und Soziales. Als Fazit für die Freiheitliche Partei könnte gezogen werden, dass sie, obwohl sie rein quantitativ ein durchaus erfolgreiches Verhandlungsergebnis erzielen konnte, bei der Art der erhaltenen Ministerien doch deutlich zurückstecken musste. Anhand der normierten Salienz-Variablen lässt sich dies so darstellen:

normierte Salienz	Partei	Prozent	kumuliert
.3765	FPÖ	50.00	50.00
.6684994	ÖVP	50.00	100.00
gesamt		100.00	

Tabelle IX: qualitative Allokation Schüssel II

Im Fall des Kabinetts Schüssel II kam die FPÖ mit den von ihr geführten Ministern auf Salienzen von etwas mehr als einem Drittel; die ÖVP hingegen konnte etwas mehr als zwei Drittel für sich verbuchen. Der gesamte Salienzwert von nahezu 1,05 zeigt deutlich auf, dass bei der qualitativen Allokation kein Nullsummenspiel vorliegt.

10.4.1.3 Interpretationen des Ergebnisses

In diesem Kapitel soll mit Hilfe von Medienberichten und den dort dargelegten Interpretationen der Verhandlungsergebnisse untersucht werden, aus welchen Gründen diese genau so ausgefallen sind, wie es eben der Fall war. Es werden dabei zeitgenössische Analysen ebenso berücksichtigt wie spätere Retrospektiven.

Obwohl auch intensive Verhandlungen mit den Grünen stattgefunden hatten, wurde die erneute Wahl des Koalitionspartners FPÖ durch Wolfgang Schüssel (ÖVP) so gedeutet, dass die so

stark geschrumpften Freiheitlichen den wesentlich „billigeren“ Partner abgeben würden, der zu vielen Zugeständnissen bereit sein würde. So kam es auch, dass unter der Regierung Schüssel II besonders viele ÖVP-Projekte umgesetzt werden konnten, wie etwa Pensions-, Steuer- und Gesundheitsreformen (vgl. Pelinka 2019). Dies passt zum obigen Befund, wonach die ÖVP zwar – im Verhältnis zum Wahlergebnis – quantitativ sogar eher schlecht ausgestiegen war, allerdings mit Hilfe ihrer „Schlüsselressorts“ ausgesprochen viel ihrer inhaltlichen Agenda umsetzen konnte.

Interessant ist, dass in manchen Kommentaren die quantitative Überkompensation der FPÖ direkt angesprochen wurde: „Er [*Wolfgang Schüssel, Anm. d. Verf.*] hat ein Kabinett gebastelt, dass der FPÖ mehr Regierungsmitglieder zubilligt als ihr aufgrund des Wahlergebnisses zustehen würden.“ (Sperl 2003) In dem in seiner Tonalität der ÖVP-FPÖ-Regierung gegenüber sehr kritischen Kommentar wird die Bildung ebenjenes Kabinetts in erster Linie mit der größeren inhaltlichen Übereinstimmung zwischen den Parteien erklärt als es beispielsweise mit den Grünen der Fall gewesen wäre. Das inhaltlich dürftige Abschneiden der FPÖ wird damit erklärt, dass man sich angesichts des schlechten Wahlergebnisses damit zufriedengegeben habe, überhaupt wieder an der Regierung mitwirken zu können (vgl. Sperl 2003).

10.4.2 Beispiel 2: Kabinett Gusenbauer

In der vorangegangenen Wahl hatte die SPÖ als stimmenstärkste Partei 35,3 % der Stimmen erhalten, was einem Verlust von 1,2 % entspricht; die ÖVP konnte hingegen mit einem Stimanteil von 34,3 % den zweiten Platz erreichen, wobei ein Verlust von 8,0 % zu verzeichnen war (vgl. Bundesministerium für Inneres o.J.). Die Bundesregierung Gusenbauer setzte sich folgendermaßen zusammen (ohne Berücksichtigung der Staatssekretariate, die nicht im Ministeriumsrang stehen; zudem bleiben eventuelle spätere Regierungsumbildungen unberücksichtigt, die Bezeichnungen entsprechen der offiziellen Systematik):

SPÖ	ÖVP
Bundeskanzler	Vizekanzler
Frauen, Medien und öffentlicher Dienst	europäische und internationale Angelegenheiten
Justiz	Finanzen
Landesverteidigung	Gesundheit, Familie und Jugend
Soziales und Konsumentenschutz	Inneres
Unterricht, Kunst und Kultur	Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Verkehr, Innovation und Technologie	Wirtschaft und Arbeit
	Wissenschaft und Forschung

Tabelle X: Kabinett Gusenbauer [Quelle: Parlament (o.J.)]

10.4.2.1 Quantitative Allokation bei Gusenbauer

Zu Beginn wieder eine Betrachtung der quantitativen Verhältnisse: Die SPÖ brachte 68 Parlamentsmandate in die Koalition ein, die ÖVP dagegen 66 (vgl. Bundesministerium für Inneres o.J.). Somit steuerte die SPÖ 50,7 % der numerischen Repräsentation der Bundesregierung Gusenbauer im Nationalrat bei, die ÖVP die restlichen 49,3 %. Letztere bekam aber – das Vizekanzleramt wird als eigener Posten betrachtet – insgesamt 53,3 % der Regierungsämter (8 von 15) und damit mehr als der Wahlsieger SPÖ. Dennoch werden in diesem Fall wiederum die Vorhersagen von Gamson's law recht genau getroffen und die SPÖ konnte offensichtlich den weitaus geringeren Stimmenverlust im Vergleich zur Volkspartei nicht in große Verhandlungserfolge umwandeln.

10.4.2.2 Qualitative Allokation bei Gusenbauer

In dieser Koalition stellte die SPÖ als Siegerin der Wahl den Bundeskanzler. Darüber hinaus hielt sich die Anzahl an besonders prestigeträchtigen Ressorts jedoch in Grenzen; zwar konnte das für sozialdemokratische Parteien traditionell zentrale Sozialministerium besetzt werden. Ansonsten erhielt die SPÖ allerdings überwiegend Ministerien, die üblicherweise in ihrer Bedeutung als etwas geringer eingeschätzt werden, so zum Beispiel die Frauen- oder Justizagenden.

Obwohl (stimmenmäßig) klarer Verlierer der Wahl, konnte die ÖVP – neben dem traditionellen Vizekanzlerposten für den „Juniorpartner“ der Regierungskoalition – zuallererst das Finanzministerium für sich gewinnen. Dazu kamen die ebenfalls sehr begehrten Ressorts Inneres sowie Äußeres. Bei der Partei landeten zudem die für sie sehr wichtigen Posten des Landwirtschafts- sowie Wirtschaftsministers. Als weiterer Verhandlungserfolg kann verbucht werden, dass die ÖVP zwei Ressorts (Gesundheit und Arbeit, letzteres angesiedelt im Wirtschaftsministerium) beanspruchen konnte, die traditionellerweise eigentlich besonders bedeutsam für die Sozialdemokraten gewesen wären. Schließlich konnte die Volkspartei noch einen wichtigen Teil der Bildung (Wissenschaft und Forschung) gewinnen, bei der SPÖ verblieben lediglich die Unterrichtsagenden. Etwas überraschend (*siehe auch „Interpretation des Ergebnisses“*) zeigt folgende Grafik einen (nur leichten) numerischen Vorteil der ÖVP (zweite Zeile):

normierte Salienz	Partei	Prozent	kumuliert
.5093452	SPÖ	50.00	50.00
.5166291	ÖVP	50.00	100.00
gesamt		100.00	

Tabelle XI: qualitative Allokation Gusenbauer

10.4.2.3 Interpretation des Ergebnisses

Im Allgemeinen wurde das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, die zur Bildung des Kabinetts Gusenbauer führten, als deutliche Niederlage der SPÖ interpretiert. So war etwa insbesondere im Hinblick auf das wirtschaftspolitische Programm dieser Regierung von „vielen SPÖ-Umfallern“ (vgl. Frey 2007) zu lesen.

Dass sich die SPÖ von der ÖVP in den Verhandlungen übervorteilen habe lassen, zieht sich durch eine Vielzahl von Kommentaren zur Regierungsbildung. Es wird etwa konstatiert, dass die SPÖ zwar einige unverbindliche sozialdemokratische Themen im Regierungsprogramm festgeschrieben habe – etwa mehr Gerechtigkeit –, dass jedoch die ÖVP ihre wichtigsten Projekte (z.B. Beibehaltung des Eurofighters, Nicht-Abschaffung der Studiengebühren etc.) allesamt verwirklichen habe können (vgl. Prüller 2007).

Ein Kommentator erklärt das Verhandlungsergebnis mit personellen und inhaltlichen Schwächen der SPÖ und spricht explizit an, wie viele zentrale Ministerien bei der ÖVP landeten:

„Das **Fehlen jedes personellen und inhaltlichen Konzepts** erklärt auch, warum die ÖVP ihren Koalitionspartner so über den Tisch ziehen konnte. Die öffentlichkeitswirksamen Schlüsselressorts Finanzen, Innen- und Außenpolitik sowie das Wirtschaftsministerium zu besetzen, der SPÖ das unpopuläre Verteidigungsministerium aufs Auge zu drücken und dem roten Sozialminister die milliardenschweren Familienagenden wegzunehmen: Das war eine Meisterleistung von Wolfgang Schüssel.“ (Horwitz 2007; *Hervorh. durch d. Verf., Anm.*)

Blickt man auf die nüchternen Zahlen (siehe oben), überrascht es doch einigermaßen, wie hart manche Kommentatoren mit der SPÖ unter Alfred Gusenbauer wegen des Verhandlungsergebnisses ins Gericht gingen; es wurde gar behauptet, „[d]ass sich Alfred Gusenbauer für die Eroberung des Bundeskanzleramtes in der Folge bis auf das letzte Hemd ausziehen ließ (...)“ (Staud 2007). Hier wird das Ergebnis also so interpretiert, dass die SPÖ bereit gewesen sei, sehr viele Schlüsselpositionen aufzugeben, um dafür den prestigeträchtigsten Posten von allen, das Bundeskanzleramt, zu erlangen.

In der „Wiener Zeitung“ konstatierte man, „(...) das Personalpaket des Wahlverlierers ÖVP ist nicht besser als jenes des zweiten Wahlverlierers SPÖ.“ (Unterberger 2007). Hier wird explizit auf die Koalition zweier Wahlverlierer hingewiesen, womit die zu erwartende Kompromissbereitschaft betont wird. Die häufig geübte Kritik am SPÖ-Verhandlungsergebnis wird etwas relativiert: Schließlich sei das Wahlergebnis, das für die Sozialdemokratische Partei immerhin mit einem, wenn auch relativ geringen, Verlust geendet hatte, keine Rechtfertigung für einen „anhaltenden Siegesrausch“. (vgl. Unterberger 2007).

10.5 Fazit zu Medienberichten

Auffallend ist bei der Betrachtung von Medienberichten, dass offenbar journalistische KommentatorInnen Gamson's law ebenfalls verinnerlicht haben – jedenfalls wird meist implizit, oft auch explizit, davon ausgegangen, dass die Anzahl der Regierungsmitglieder der jeweiligen Parteien proportional zur Parteigröße (ausgedrückt in Parlamentsmandaten) sein sollte. Zudem werden PolitikerInnen eher *office-seeking*-Präferenzen zugeschrieben; Koalitionseintritte trotz ungünstiger Ressortverteilung werden zumeist mit entsprechenden Motiven erklärt (das Bestreben, den Bundeskanzler zu stellen; der Wunsch, in jedem Fall Teil der Regierung zu sein etc.). In diesem Zusammenhang kommt es durchaus häufig vor, dass die Thematik von Stimmengewinnen bzw. -verlusten angesprochen wird, wobei vor allem Wahlverlierern oftmals das Motiv unterstellt wird, zu versuchen, noch „zu retten, was zu retten ist“ und z.B. für eine mögliche Regierungsbeteiligung inhaltlich stark Verzicht zu üben.

Auch die eingehende Untersuchung Österreichs bestätigt somit im Wesentlichen, was die Analysen für West- und Osteuropa bereits gezeigt hatten: Die Parteigröße ist der wichtigste Erklärungsfaktor für quantitative und qualitative Allokation. Gamson's law erweist sich hierbei als wichtige Leitlinie und zeigt sich gegenüber Stimmengewinnen und -verlusten, von denen überwiegend allenfalls ein äußerst geringer Einfluss ausgeht, als robuste Gesetzmäßigkeit.

11. Conclusio

Das Ziel der vorliegenden Masterarbeit lag darin, den Einfluss von Stimmengewinnen bzw. -verlusten auf die quantitative bzw. qualitative Allokation von Regierungsämtern zu ergründen. Konkret standen zwei Fragen im Mittelpunkt:

- 1) Bekommen Parteien mit Stimmenzuwächsen mehr Regierungsportfolios, als sie laut Gamson's law bekommen sollten und gilt dasselbe in umgekehrter Form für Parteien mit Stimmenverlusten?
- 2) Bekommen Parteien mit Stimmenzuwächsen eher jene Regierungsportfolios, die mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten größere Übereinstimmung aufweisen (und gilt dasselbe in umgekehrter Form wiederum für Parteien mit Stimmenverlusten)?

Wie erwähnt bildete das so genannte Gamson's law den zentralen Ausgangspunkt der Arbeit. Es ist empirisch so gut belegt wie nur wenige andere sozialwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten und besagt, dass für jede Partei zwischen dem Anteil an Sitzen in der Legislative und dem Anteil an Portfolios in der Regierung eine 1:1-Proportionalität besteht. Diese Gesetzmäßigkeit bestätigt sich immer wieder über geographische und zeitliche Grenzen hinweg. Dennoch zeigen sich auch Abweichungen, und diese Arbeit führt die Wahlperformance, also Stimmengewinne und -verluste, als mögliche Ursache ins Treffen.

Auf Basis vielfältiger Erkenntnisse aus der einschlägigen Forschungsliteratur wurden – hier verkürzt dargestellt – drei zentrale Hypothesen formuliert:

- 1) Parteien mit Stimmengewinnen erhalten mehr Portfolios als durch Gamson's law vorhergesagt (für Stimmenverluste gilt das Gegenteil).
- 2) Parteien mit Stimmengewinnen erhalten eher jene Portfolios, die mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten übereinstimmen (für Stimmenverluste gilt das Gegenteil).
- 3) Zwischen Westeuropa und Osteuropa zeigen sich Unterschiede: In Osteuropa wirken sich Stimmengewinne noch deutlicher positiv auf die quantitative und qualitative Allokation aus als in Westeuropa (für Stimmenverluste gilt das Gegenteil).

Der verwendete Datensatz umfasst 175 Regierungskoalitionen aus 21 west- und osteuropäischen Staaten über einen Zeitraum von 1945 bis 2014. In erster Linie mittels Regressionsanalysen wurde versucht, die aufgeworfenen Fragestellungen zu beantworten.

Unter Bezugnahme auf die zuvor geschilderten Hypothesen zeigen sich zusammengefasst folgende Resultate:

- 1) Für die quantitative Allokation lassen sich keine signifikanten Ergebnisse für die relativen Stimmenanteilsänderungen erzielen, egal ob die abhängige Variable als Abweichung von Gamson's law oder als Anteil an Portfolios definiert wird. Der Sitzanteil in der Legislative ist der entscheidende Erklärungsfaktor.
- 2) Analysiert man die qualitative Allokation, kommt man zu sehr ähnlichen Ergebnissen: Die Parteigröße ist wieder der entscheidende Faktor; die Stimmenanteilsänderungen erzielen keine statistisch signifikanten Resultate, weder bei koalitionsspezifischer noch bei absoluter Messung dieser Variable.
- 3) Für Hypothese 3, den West-Ost-Vergleich, sind unterschiedliche Ergebnisse zu vermerken: Während für Osteuropa keine signifikanten Ergebnisse, allenfalls Hinweise auf tendenziell positive Auswirkungen von Stimmengewinnen festzustellen sind, deuten die Ergebnisse für Westeuropa sogar auch eher negative Auswirkungen von Stimmengewinnen auf quantitative und qualitative Allokation hin.

Im Rahmen einer Fallstudie konnte schließlich gezeigt werden, dass Österreich durchaus in das gesamteuropäische Bild passt: Die Parteigröße entscheidet, während Stimmengewinne keinen besonderen Vorteil bringen, bloß Medianparteien schneiden etwas besser bei der qualitativen Allokation ab.

Insgesamt kann somit festgehalten werden, dass die Parteigröße sowohl für quantitative als auch für qualitative Allokation der weitaus wichtigste Erklärungsfaktor ist. Stimmengewinne und -verluste hingegen bringen kaum signifikante Ergebnisse. In den Fällen, in denen dies doch der Fall ist (siehe Westeuropa), sind die Resultate zumindest kontraintuitiv und deuten darauf hin, dass Zuwächse an Stimmen sogar negative Auswirkungen auf quantitative und qualitative *payoffs* bedeuten. Dies bietet zweifelsohne Anlass für zukünftige Forschung auf diesem Gebiet.

12. Quellenverzeichnis

- Ansolahehere, Stephen/Snyder, James M. Jr./Ting, Michael M. (2005): Legislative Bargaining under Weighted Voting, in: The American Economic Review, Vol. 95, Nr. 4, S. 981-1004
- Bäck, Hanna/Meier, Henk Erik/Persson, Thomas (2009): Party Size and Portfolio Payoffs: The Proportional Allocation of Ministerial Posts in Coalition Governments, in: The Journal of Legislative Studies, Vol. 15, Nr. 1, S. 10-34
- Bäck, Hanna/Debus, Marc/Dumont, Patrick (2011): Who gets what in coalition governments? Predictors of portfolio allocation in parliamentary democracies, in: European Journal of Political Research, Vol. 50, Nr. 4, S. 441-478
- Brams, Steven J./Taylor Alan D. (1999): The win-win solution: guaranteeing fair shares to everybody, W.W. Norton & Company, New York
- Browne, Eric C./Franklin, Mark N. (1973): Aspects of Coalition Payoffs in European Parliamentary Democracies, in: The American Political Science Review, Vol. 67, Nr. 2, S. 453-469
- Browne, Eric C./Freundreis, John P. (1980): Allocating Coalition Payoffs by Conventional Norm: An Assessment of the Evidence from Cabinet Coalition Situations, in: American Journal of Political Science, Vol. 24, Nr. 4, S. 753-768
- Budge, Ian/Farlie, Dennis J. (1983): Explaining and predicting elections. Issue effects and party strategies in 23 democracies, Allen & Unwin, London
- Budge, Ian/Keman, Hans (1990): Parties and democracy: coalition formation and government functioning in twenty states, Oxford University Press, Oxford
- Budge, Ian (2015): Issue Emphases, Saliency Theory, and Issue Ownership. A Historical and Conceptual Analysis, in: West European Politics, Vol. 38, Nr. 4, S. 761-777
- Bundesministerium für Inneres (o.J.): Nationalratswahlen. Historischer Rückblick, online unter: www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Historischer_Rueckblick.aspx (zuletzt abgerufen am 20.01.2020)
- Carroll, Royce/Cox, Gary W. (2007): The Logic of Gamson's Law: Pre-election Coalitions and Portfolio Allocations, in: American Journal of Political Science, Vol. 51, Nr. 2, S. 300-313
- Deschouwer, Kris (2017): New Parties and the Crisis of Representation: Between Indicator and Solution, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hg.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Springer VS, Wiesbaden, S. 73-86

- Döring, Holger/Hellström, Johan (2013): Who Gets into Government? Coalition Formation in European Democracies, in: *West European Politics*, Vol. 36, Nr. 4, S. 683-703
- Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Political Action in a Democracy, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 65, Nr. 2, S. 135-150
- Ecker, Alejandro/Meyer, Thomas M. (2018): Fairness and qualitative portfolio allocation in multiparty governments, unveröffentlichtes Manuskript
- Falcó-Gimeno, Albert/Indridason, Indridi H. (2013): Uncertainty, Complexity, and Gamson's Law: Comparing Coalition Formation in Western Europe, in: *West European Politics*, Vol. 36, Nr. 1, S. 221-247
- Frey, Eric (2007): Programm für schöne Tage, in: *Der Standard*, Tageszeitung, Wien, 02.02.2007, online unter: <https://www.derstandard.at/story/2726286/programm-fuer-schoene-tage> (zuletzt abgerufen am 11.02.2020)
- Gamson, William A. (1961): A Theory of Coalition Formation, in: *American Sociological Review*, Vol. 26, Nr. 3, S. 373-382
- Horwitz, Kurt (2007): Ins Ziel gestolpert, in: *Vorarlberger Nachrichten*, Tageszeitung, Bregenz, 13.01.2007, online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070112_OTS0181/vorarlberger-nachrichten-kommentar-ins-ziel-gestolpert-von-kurt-horwitz (zuletzt abgerufen am 11.02.2020)
- Ignazi, Piero (2010): *Extreme Right Parties in Western Europe*, 2. Auflage, Oxford University Press, Oxford
- Laver, Michael/Schofield, Norman (1990): *Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe*, Oxford University Press, New York
- Lieberman, Evan S. (2005): Nested Analysis as a Mixed-Method Strategy for Comparative Research, in: *American Political Science Review*, Vol. 99, Nr. 2, S. 435-452
- Martin, Lanny W. (2016): The Allocation of Ministries in Multiparty Governments, online unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2798703 (zuletzt abgerufen am 15.02.2020)
- Mattila, Mikko/Raunio, Tapio (2004): Does winning pay? Electoral success and government formation in 15 West European countries, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 43, Nr. 2, S. 263-285
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge University Press, Cambridge
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.) (2006): *Die Parteiensysteme Westeuropas*, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Parlament (o.J.): Bundesregierungen seit 1918, online unter:

www.parlament.gv.at/WWER/BREG/REG/ (zuletzt abgerufen am 23.03.2020)

Pelinka, Peter (2019): Anfang und Ende von Schwarz-Blau/Orange, in: Wiener Zeitung, Tageszeitung, Wien, 13.09.2019, online unter:

<https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2029164-Anfang-und-Ende-von-Schwarz-Blau-Orange.html>, (zuletzt abgerufen am 31.01.2020)

Petrocik, John R. (1984): Explaining and Predicting Elections. Issue Effects and Party Strategies in 23 Democracies. (Book Review), in: Political Science Quarterly, Vol. 99, Nr. 1, S. 105-106

Prüller, Michael (2007): Kein Abend unter Freunden, in: Die Presse, Tageszeitung, Wien, 13.01.2007, online unter:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070112_OTS0185/die-presse-leitartikel-kein-abend-unter-freunden-von-michael-prueller (zuletzt abgerufen am 12.02.2020)

Rémy, Dominique (1975): The pivotal party. Definition and measurement, in: European Journal of Political Research, Vol. 3, Nr. 3, S. 293-301

Riker, William H. (1962): The theory of political coalitions, Yale University Press, New Haven

Savage, Lee. (2016). Party System Institutionalization and Government Formation in new Democracies, in: World Politics, Vol. 68, Nr. 3, S. 499-537

Schmid, Fabian (2019): Grüne Perspektive: Mission Planetenrettung, in: Der Standard, Tageszeitung, Wien, 29.12.20, online unter:

<https://www.derstandard.at/story/2000112756318/die-koalition-aus-gruener-perspektive-mission-planetenrettung> (zuletzt abgerufen am 12.03.2020)

Sperl, Gerfried (2003): Der Verschub-Bahnhof, in: Der Standard, Tageszeitung, Wien, 01.03.2003, online unter:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030228_OTS0211/der-standard-kommentar-der-verschub-bahnhof-von-gerfried-sperl-erscheinungstag-132003 (zuletzt abgerufen am 31.01.2020)

Staud, Frank (2007): Nur Leistung zählt, in: Tiroler Tageszeitung, Innsbruck, 12.01.2007, online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070112_OTS0011/tiroler-tageszeitung-kommentar-nur-leistung-zaehlt-von-frank-staud (zuletzt abgerufen am 12.02.2020)

Stiers, Dieter/Daoust, Jean-Francois/Blais, André (2018): What makes people believe that their party won the election?, in: Electoral Studies, Vol. 55, S. 21-29

Stocker, Herbert (o.J.): Multikollinearität, in: Methoden der Empirischen Wirtschaftsforschung, Fakultät für Volkswirtschaft und Statistik, Universität Innsbruck, online unter: <https://www.uibk.ac.at/econometrics/einf/kap07.pdf> (zuletzt abgerufen am 10.02.2020)

Unterberger, Andreas (2007): Politische Muppet-Show, in: Wiener Zeitung, Tageszeitung, Wien, 09.01.2007, online unter: www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070109_OTS0199/wiener-zeitung-andreas-unterbergers-kommentar (zuletzt abgerufen am 13.02.2020)

Warwick, Paul V./Druckman, James N. (2001): Portfolio Salience and the Proportionality of Payoffs in Coalition Governments, in: British Journal of Political Science, Vol. 31, Nr. 4, S. 627-649

Warwick, Paul V./Druckman, James N. (2006): The portfolio allocation paradox: An investigation into the nature of a very strong but puzzling relationship, in: European Journal of Political Science, Vol. 45, Nr. 4, S. 635-665

13. Anhang

13.1 Verzeichnisse

13.1.1 Tabellenverzeichnis

Tabelle I: Datensatz.....	Seite 33
Tabelle II: Erklärung der Labels (Regressionstabellen).....	Seite 37
Tabelle II (Forts.): Erklärung der Labels (Regressionstabellen).....	Seite 38
Tabelle III: Korrelation div. Variablen	Seite 53
Tabelle IV: Variance Inflation Factor	Seite 54
Tabelle V: Korrelation div. Variablen.....	Seite 55
Tabelle VI: Korrelation div. Variablen:	Seite 55
Tabelle VII: Kabinette Österreich 1949 – 2013	Seite 68
Tabelle VIII: Kabinett Schüssel II	Seite 70
Tabelle IX: qualitative Allokation Schüssel II	Seite 71
Tabelle X: Kabinett Gusenbauer	Seite 73
Tabelle XI: qualitative Allokation Gusenbauer.....	Seite 74

Regressionstabellen

Tabelle 1:	Seite 39
Tabelle 2:	Seite 40
Tabelle 3:	Seite 41
Tabelle 4:	Seite 42
Tabelle 5:	Seite 43
Tabelle 6:.....	Seite 44
Tabelle 7:	Seite 46
Tabelle 8:	Seite 47
Tabelle 9:	Seite 48
Tabelle 10:	Seite 49
Tabelle 11:.....	Seite 51

Tabelle 12:	Seite 52
Tabelle 13:	Seite 54
Tabelle 14:	Seite 56
Tabelle 15:	Seite 57
Tabelle 16:	Seite 58
Tabelle 17:	Seite 59
Tabelle 18:	Seite 60
Tabelle 19:	Seite 62
Tabelle 20:	Seite 63
Tabelle 21:	Seite 65

13.1.2 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Abweichungen von Gamson's law	Seite 34
Abb. 2: Gamson's law	Seite 35
Abb. 3: Streudiagramm Stimmanteilsänderungen/Kabinettsposten	Seite 36
Abb. 4: Gamson's law in Österreich	Seite 61
Abb. 5: Gamson's law in Österreich	Seite 68

13.2 Abstract

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit dem Einfluss von Stimmengewinnen bzw. -verlusten auf die quantitative und qualitative Allokation von Regierungsämtern. Ausgehend von Gamson's law (der Proportionalität zwischen dem Sitzanteil einer Partei in der Legislative und ihrer Repräsentation in der Regierung) wird die Frage untersucht, ob Parteien, die bei Wahlen besonders gute Ergebnisse erzielen, dies in eine Überkompensation in quantitativer und/oder qualitativer Hinsicht umwandeln können. Zu erwarten ist auch ein Unterschied zwischen West- und Osteuropa, da in Osteuropa die Wahlperformance als noch einflussreicher gilt. Entsprechende Hypothesen wurden in erster Linie mittels Regressionsanalysen (175 Kabinette in 21 europäischen Staaten) getestet. Dabei zeigt sich, dass ein unabhängiger Einfluss der Wahlperformance weder auf quantitative noch auf qualitative Allokation festgestellt werden kann; dies gilt sowohl für West- als auch Osteuropa. Stattdessen zeigt sich die Größe einer Partei (ausgedrückt in Sitzen in der Legislative) als der wichtigste Faktor: Je größer eine Partei, desto stärker ist der positive Einfluss sowohl auf quantitative als auch qualitative Allokation.

13.3 Abstract (English)

The present master's thesis deals with the influence of voting gains or losses on quantitative or qualitative allocation of government offices. Based on Gamson's law (the proportionality of the share of a party's seats in the legislative and its representation in the government), it is investigated whether parties that perform well in elections are subsequently overcompensated in quantitative or qualitative terms. It is also expected that there are differences between Western Europe and Eastern Europe as the electoral performance is said to be even more influential in Eastern Europe. According to these assumptions, hypotheses were tested using regression analysis (175 cabinets in 21 European countries). It becomes apparent that no independent effect of the electoral performance on either quantitative or qualitative allocation can be observed; this applies to Western Europe as well as to Eastern Europe. Instead, it is shown that the most important factor is a party's size (expressed as seats in the legislative): The larger a party, the stronger the positive influence on quantitative and qualitative allocation.